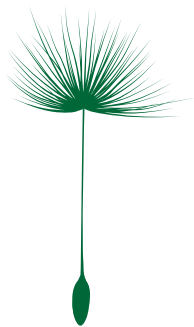


Harald Mahrer (Hrsg.)

Freiheit.
Verantwortung.
Solidarität.
Chancengerechtigkeit.
Ehrlichkeit.



Wir sind dafür.

edition noir

JULIUS RAAB STIFTUNG

Harald Mahrer (Hrsg.)

Chancengerechtigkeit.

Wir sind dafür.

JULIUS RAAB STIFTUNG

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

2012 Verlag noir, Wien
Verlag noir, 1120 Wien, Tivoligasse 73
www.verlagnoir.at

Herausgeber: Julius Raab Stiftung
Grafik und Satz: Gull + Company GmbH, dggd – Doris grussmann graphic design
Lektorat: Dr. Arnold Klaffenböck
Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH
Printed in Austria

ISBN 978-3-9503255-6-0



Vorwort – Für mehr Chancengerechtigkeit

Harald Mahrer

Seite 9

Raus aus der Durchschnittsfalle!

Markus Hengstschläger und Claudia Schwarz

Seite 13

Gute Bildung ist möglich

Jörg Dräger

Seite 25

Die Chancengerechtigkeit in der Schule und ihre Feinde

Andreas Salcher

Seite 35

Mehr Chancengerechtigkeit, bessere Integration

Sebastian Kurz

Seite 45

Neue Wege zu Chancen

Stephan A. Jansen

Seite 53



Verantwortung für Zukunft

Brigitte Jank

Seite 59

Chancen-Agentur Schule

Bernd Schilcher

Seite 67

Her mit unserer Zukunft!

Markus Roth

Seite 77

Zehn Chancen mit Entrepreneurship Education

Johannes Lindner

Seite 87

Land der Chancen

Thomas Stelzer

Seite 97

Mehr Gerechtigkeit durch mehr Freiheit

Harald Mahrer

Seite 105



Es gibt kein „schlechtes“ Kind!

Thomas Goiser im Gespräch mit Elisabeth Bussey

Seite 111

Deutsch habe ich eigentlich nie gelernt

Thomas Goiser im Gespräch mit Ivana Cucujkić

Seite 115

Autorenporträts und Interviewpartner

Seite 121



Vorwort – Für mehr Chancengerechtigkeit

„Die schlimmste Art der Ungerechtigkeit ist die vorgespilte Gerechtigkeit.“ Platon

Der vorliegende Essay-Band der Julius Raab Stiftung will einen Beitrag leisten, um der diffusen und populistischen Debatte über „Gerechtigkeit“ einen seriösen, zukunftsorientierten Rahmen zu geben. Das ist umso notwendiger, je mehr Gerechtigkeit von bestimmten politischen Parteien und Gruppierungen als Kampfbegriff missbraucht wird, um ihren subjektiven Interessen auf Kosten des Gemeinwohls zum Durchbruch zu verhelfen.

Was eigentlich ist Gerechtigkeit? Was ist der Kern dieses Werts? Worauf wurde und wird sie reduziert? Und wie muss man den Wert der Gerechtigkeit neu beleben und für die politische Gestaltung fruchtbar machen? Antworten auf diese Fragen soll das Konzept der Chancengerechtigkeit liefern, das im vorliegenden Band hochkarätige Autorinnen und Autoren in unterschiedlichen Zusammenhängen diskutieren.

Wir sind der Überzeugung: Chancengerechtigkeit kann als gesellschaftlicher Wert mehr für die Zukunft leisten als überkommene oder beliebig gewordene Gerechtigkeitsvorstellungen. Eine neue Kultur der Chancengerechtigkeit bringt mehr Chancen, etwa durch mehr Wahlfreiheit, bessere Bildung durch Differenzierung und sozialen Aufstieg durch bessere Bildung. Sie ermöglicht eine zukunftsverträglichere individuelle und gesellschaftliche Entwicklung. Notwendig für Chancengerechtigkeit ist freilich auch ein gesellschaftliches Mindset, indem Verän-

derung nicht als Bedrohung, sondern als Zukunftspotenzial gesehen wird.

Vor diesem Hintergrund erläutern im vorliegenden Band Markus Hengstschläger und Claudia Schwarz, wie wir unsere Gesellschaft jenseits der Durchschnittsfalle chancengerecht und fit für die Zukunft machen. Jörg Dräger, Andreas Salcher, Bernd Schilcher, Johannes Lindner und Brigitte Jank setzen sich pointiert und aus unterschiedlichen Perspektiven mit Fragen der Chancengerechtigkeit rund um Bildung auseinander. Sebastian Kurz widmet sich der Chancenpolitik für Menschen mit Migrationshintergrund. Markus Roth plädiert dafür, die Chancen auf Wohlstand und Sicherheit Richtung Jugend umzuverteilen. Stephan A. Jansen beschäftigt sich mit der Frage, wie soziale Innovationen mehr Chancengerechtigkeit ermöglichen, während Thomas Stelzer untersucht, was uns generell erfolgreich macht. Mein abschließender Beitrag zeigt den grundlegenden Stellenwert von mehr Freiheit und weniger Gleichheit für mehr Chancen. In Interviews von Thomas Goiser mit Elisabeth Bussey und Ivana Cucujkić wird an konkreten Beispielen deutlich, was Chancengerechtigkeit in der Praxis bedeutet und erfordert.

In diesem Sinn: Sorgen wir dafür, dass statt platter Parolen Chancengerechtigkeit in Österreich Zukunft hat!

Dr. Harald Mahrer
Präsident der Julius Raab Stiftung

Raus aus der Durchschnittsfalle!

Wie wir unsere Gesellschaft chancengerecht und fit
für die Zukunft machen

Markus Hengstschläger und Claudia Schwarz

Menschen sind soziale Wesen. Deshalb ist es auch gut und notwendig, dass wir uns im Zusammenleben an anderen orientieren: so lernen Kinder, so bilden sich Gesellschaften. Doch in unserer technokratischen Zeit ist das Paradigma dieser Orientierung der Durchschnitt geworden: Durchschnitt als Maß aller Dinge. Da der Durchschnitt ein errechneter Mittelwert ist, führt eine Ausrichtung danach zu Monotonie und Einfalt. So bleiben wir nicht nur jetzt schon hinter unseren Möglichkeiten zurück, sondern beschneiden die Entwicklungsmöglichkeiten kommender Generationen. Aus Sicht der Evolution ist jedoch gerade die nächste Generation immer das Beste, das wir haben. Eine Anpassung hin zum Mittelmaß führt uns folglich gerade mit Vollgas in eine evolutive Sackgasse.

Wie gerecht ist der Durchschnitt?

Als in Österreich lebende Person sind Sie durchschnittlich 41,7 Jahre alt, 171 Zentimeter groß und 74 Kilogramm schwer (und damit leicht übergewichtig). Sie verfügen über 1.707 Euro netto pro Monat, haben 0,69 Kinder und trinken täglich ein Seiterl Bier und alle neun Tage eine Flasche Wein. Pro Tag produzieren Sie 1,63 Kilogramm Müll, verbringen 167 Minuten vor dem Fernseher und rauchen 4,5 Zigaretten (immerhin ist Österreich Weltmeister im Zigarettenkonsum). Wie viele der genannten Parameter treffen auf Sie ganz persönlich zu? Keine Sorge, Ihre Antwort beweist, dass Sie eben nicht durchschnittlich sind. Das Beispiel zeigt: Errechnete Mittelwerte werden in Wahrheit nicht allen, sondern eigentlich niemandem gerecht.

Gesellschaftlich gesehen liegt die Ungerechtigkeit nicht im Durchschnitt an sich, sondern in der Bedeutung, mit der man ihn

verseht. Indem er als für alle erreichbares und erstrebenswertes Ziel (fehl-)interpretiert wird, laufen wir Gefahr, dass Durchschnitt in Gleichmacherei mündet. Wer also in der Hoffnung, es allen recht machen zu können, Maßnahmen aufgrund des in Umfragen erhobenen und berechneten Durchschnitts ergreift, wiegt sich in falscher Sicherheit. Auch in der Medizin stellt ein im Mittelfeld liegender Wert für die jeweilige Person nicht notwendigerweise den besten erzielbaren Wert dar. Aus öffentlicher Kasse wird jedoch vielfach nur bis zum Durchschnitt finanziert. Ähnlich gestaltet es sich im Schulsystem, das darauf ausgelegt ist, Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit passablen Durchschnittsnoten zu produzieren, anstatt Stärken zu stärken. Generell orientiert man sich in vielen Bereichen am Mittelmaß, anstatt nach Höherem zu streben. Paradoxerweise ist das wiederum insofern gerecht, als dadurch allen gleichermaßen die Chance auf eine bessere Zukunft genommen wird.

Bei aller Konzentration auf die Berechnung von Parametern wird zudem völlig außer Acht gelassen, dass Bereiche, zu denen es keine Daten gibt, vernachlässigt werden. Allzu oft ist aber gerade das Ungemessene, Unmessbare und letztlich Unberechenbare entscheidend im Leben. Kurzum, der Durchschnitt evoziert ein falsches Anpassungs- und Sicherheitsdenken und wird dabei niemandem gerecht. Deshalb ist er auch nicht zukunftsfähig und als erstrebenswerte Zielmesslatte abzulehnen.

Mythos Gerechtigkeit, Mythos Talent

Die Methode der Natur, um Überleben zu sichern, ist erbarungslose Ungerechtigkeit. Varianz sichert die Überlebenschancen einer jeden Spezies. Die Natur schafft Ungleichheiten, damit wir in der Summe der Verschiedenheiten – und eben nicht als Durchschnitt! – künftigen Herausforderungen erfolgreich begegnen können.

Es widerstrebt vielleicht dem Gerechtigkeitsempfinden, dass Menschen mit ganz unterschiedlichen Eigenschaften ausgestat-

tet sind. Größe, Statur, Aussehen, Charakter und eine Vielzahl an Begabungen sind zu einem guten Teil genetisch mitbestimmt. Den Ungleichheiten wird eine Struktur verliehen, indem sie als „Talente“ in Kategorien wie etwa Sprachgefühl, Sportlichkeit, Musikalität, Intelligenz, Kreativität oder handwerkliches Geschick gruppiert werden. Doch bei näherem Hinsehen wird der Talente-Begriff der Sache, die er beschreiben soll, nicht gerecht. Denn besondere Leistungsvoraussetzungen werden meist erst dann als solche erkannt, wenn sie bereits durch harte Arbeit in Erfolg gemündet sind. So beschreibt auch Werner Siefer, dass die Einschätzung von Begabung (Talent) in Wahrheit ein Zirkelschluss ist.

Ein Talent im Sinne einer noch nicht erprobten besonderen Leistungsvoraussetzung ist nicht messbar und bleibt auch unentdeckt ohne entsprechende Möglichkeit der Entfaltung. So entscheiden immer die Lebensumstände in einem ganz beträchtlichen Ausmaß darüber, wie Begabungen durch harte Arbeit in Erfolgen münden können.

Von Natur aus sind alle Menschen verschieden. Soziale Gerechtigkeit kann also nicht darin bestehen, an allen den gleichen, auf Durchschnittswerten beruhenden, Maßstab anzulegen. Sie kann auch nicht darin bestehen, ein buntes Blumenbeet nach dem in Österreich so beliebten Gießkannenprinzip gleichermaßen zu bewässern, um sich anschließend zu wundern, weshalb alle Sonnenblumen an wasserreicheren Stellen im Nachbarbeet aufgehen. Ähnlich wie beim Durchschnitt besteht ein fundamentaler Denkfehler darin, Gerechtigkeit mit Gleichmacherei zu verwechseln. Auch im Sinne einer Chancengerechtigkeit sollte der Gerechtigkeitsgedanke vielmehr da ansetzen, wo Lebensumstände, also soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten darüber entscheiden, wie die Menschen mit den Verschiedenheiten umgehen und was sie in der Lage sind, daraus zu machen. Gerechtigkeit könnte in dem Sinn konstruktiv als Chancenpool verstanden werden, der eine Fülle an Möglichkeiten bereithält, aus denen geschöpft wird.

Individualität als Norm

Die Natur lebt uns vor: Vielfalt und Verschiedenheit sind überlebensnotwendig. Individualität und Flexibilität bilden die wichtigste Voraussetzung, um selbstbestimmt in einer noch unbekannteren Zukunft zu bestehen. Deshalb ist auch jeder Mensch von Natur aus einzigartig und kommt mit einem individuellen Genom zur Welt, einem genetischen Fingerabdruck.

Weshalb wird also so viel Zeit und Energie darauf verwendet, diese Einzigartigkeit zu verdecken, um möglichst „normal“, unauffällig und konform in der Gesamtheit aufzugehen? Mittelmäßige Noten, modische Kleidung, verträgliche Meinungen: Es gilt, sich bloß nicht zu weit hinauszuwagen, bloß nicht aufzufallen. Dabei gaukelt uns die Konsum- und Mediengesellschaft, die uns mitunter eben diese Gleichförmigkeit beschert, glatt das Gegenteil vor: Hier wird von Individualität und Freiheit gesprochen, die meist im jeweils angepriesenen Produkt zu finden sind. Am Ende wartet Konformität als Belohnung.

Doch der immense Anpassungsdruck macht uns unzufrieden, träge und krank. Das zeigt sich auch deutlich im Anstieg sogenannter Zivilisationskrankheiten, wie beispielsweise bestimmter psychischer Erkrankungen oder Adipositas. Mit der Verschiedenartigkeit seiner Attribute widerstrebt es dem Menschen als Subjekt, auf objektive (Durchschnitts-)Werte reduziert zu werden. Es braucht jedoch Mut und Verbindlichkeit – speziell der eigenen Person und den eigenen Fähigkeiten gegenüber –, die jeder und jedem in die Wiege gelegte Andersartigkeit zu leben. Dabei wäre die alles vereinende Lösung denkbar einfach: Wenn alle verschieden sind, ist keiner mehr anders.

Individualität, Flexibilität und Vielfalt sind der Schlüssel in die Zukunft. Jede und jeder Einzelne ist gefragt, und zwar nicht, wie man meinen könnte, diese Eigenschaften zu vereinen, sondern sie als Grundparameter einer zukunftsfähigen Gesellschaft zuzulassen. Erst durch weniger Durchschnittshörigkeit und die

Förderung individueller Lösungskompetenzen entstehen Gemeinschaften, auf die man bauen kann. Mit einer Politik, die sich am Durchschnitt der Wählerschaft orientiert, ist dies nicht zu bewerkstelligen. Anders muss nicht unbedingt immer besser heißen, doch so paradox es auch scheinen mag: Rulebreaker und Querdenker verleihen einem System die Stabilität und Sicherheit, um Herausforderungen standzuhalten.

Natürlich ist Individualität teuer, doch kurzfristiges Denken kommt uns wesentlich teurer zu stehen. Individualität ist auch kein Schalter, den man ein- und ausschalten kann. Sie braucht Freiräume, um entstehen zu können, und so fordert Individualität vor allem auch Mut und Vertrauen der Entscheidungsträger, auch einmal loszulassen.

Aus Befragungen weiß man: Je höher das Bildungsniveau, desto mehr Wert wird auf Individualität gelegt. So liegt der Schluss nahe, in erster Linie beim Bildungssystem anzusetzen. Der Nutzen wird nicht lange auf sich warten lassen, denn bereits jetzt sieht man, dass Diversität auch die Kreativität anregt: Aus der Lust, Neues zu schaffen, entstehen Innovationen. Es kommt noch besser: Ein System, das auf Grundlage biologischer und memetischer Individualität aufgebaut ist, lernt bei jeder neuen Frage dazu. Es wächst an seinen Herausforderungen.

Von „glücklichen Zufällen“ (engl. serendipities) spricht man, wenn Entdeckungen gemacht werden, nach denen gar nicht gesucht wurde. Etliche Errungenschaften der Medizin und Technik gehen auf dieses Prinzip zurück, das uns etwa Penicillin, Röntgenstrahlen, Bioelektrizität, ja sogar Cornflakes beschert hat. Glückliche Zufälle unterscheiden sich von anderen, indem sie den jeweiligen Entdeckern nicht nur „zufallen“, sondern diese auch in der glücklichen Lage sind, scheinbar unzusammenhängende Vorkommnisse in einem kreativen Prozess zu Neuem zu verknüpfen. Je diversifizierter das System, je höher die Individualität, desto kreativer sind die Akteure und offener für neue Entdeckungen, desto glücklicher das System und seine Zufälle.

Das Recht auf Chance

„Die große Chance“ heißt die Neuauflage einer Talenteshow, die derzeit über die heimischen Fernsehbildschirme flimmert. Überhaupt ist seit einigen Jahren ein gewaltiger Boom an Talente- und Castingshows zu verzeichnen. Dass es sich dabei natürlich in Wahrheit nicht um Talentefindung und auch nicht um echte Chancen, sondern um vergleichsweise kostengünstige Unterhaltung handelt, liegt auf der Hand.

Talenteshows illustrieren, wie mit sexy klingenden Slogans Stillstand manifestiert und durch Jury- und Publikums-Bewertungen Konformität als Chance stilisiert wird. Die dort vorgeführten „Talente“ beschränken sich meist auf musisch-akrobatische Fertigkeiten und zeigen das Resultat harter Arbeit, nicht aber den Weg zur Entdeckung besonderer Leistungsvoraussetzungen. Zudem schüren viele dieser Shows die falsche Vorstellung, ein „Talent“ bestünde in einem möglichst perfekt nachgeahmten Act einer bereits von anderen erbrachten Leistung. Im Grunde genommen ist das eben genau keine Talenteförderung, sondern Talentevergeudung, weil daraus nichts Neues entsteht.

Wenn man nun von Chancengerechtigkeit spricht, so fasst der Begriff selbst bereits den wesentlichen Kern: Jede und jeder hat ein Recht auf Chancen im Leben. Diese zu schaffen, ist Aufgabe der Politik und Gesellschaft. Welche grundlegenden Überlegungen dafür nötig sind, skizziert der Philosoph John Rawls in seinem berühmten Gedankenexperiment: Stellen Sie sich vor, Sie befinden sich hinter einem Schleier, der verhüllt, an welcher Stelle eines Systems Sie herauskommen werden. Wie müsste eine Gemeinschaft beschaffen sein, dass Sie mit jeder Rolle, die Ihnen dort zugewiesen wird, die Chance auf ein glückliches Leben haben? Oder anders formuliert: Wie schafft man ein System, das allen gleichermaßen Chancen eröffnet?

Die Menschen haben heute mehr Möglichkeiten als je zuvor. Doch ein Mehr an Möglichkeiten bedeutet nicht unbedingt bes-

sere Chancen. Möglichkeiten sind unverbindlich, Chancen hingegen beschreiben einen Prozess, der jede und jeden Einzelne(n) aus dem Durchschnitt holt.

Aufgrund der Individualität jeder einzelnen Person wissen wir, dass Übung nicht bei allen zum gleichen Resultat führt. Grundsätzlich gibt das allen eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Chancen, wenn nur die Möglichkeiten dafür geschaffen werden. Wie hätte Usain Bolt der schnellste Mann der Welt werden können, hätte er nicht die Möglichkeit zum Trainieren gehabt? Und wie steht es um Ihre eigenen Talente, von denen Sie womöglich nichts oder zu wenig wissen? Vielleicht hatten Sie nie die Möglichkeit auszuprobieren, wo Ihre Begabungen liegen. Vielleicht haben Sie sich aufgrund anderer Motivationen auch bewusst dagegen entschieden. Zur Chancenvielfalt gehört eben auch, auf Talente zu pfeifen. Denn wenn die Motivation, sie durch harte Arbeit in Leistung umzusetzen, dafür nicht von innen kommt, ist auch die beste Leistungsvoraussetzung wertlos.

Zieht man das Bildungssystem als Beispiel heran, so haben wir in unserer Gesellschaft sehr effektive Systeme entwickelt, anderen zu sagen, was sie alles nicht können. Und nicht genug damit, um auf den Durchschnitt zu kommen, zwingen wir Schülerinnen und Schüler, sich auf ihre Schwächen zu konzentrieren. Ganz im Gegensatz sollte Bildung jedoch darauf ausgerichtet sein, für das Individuum die jeweiligen Entwicklungschancen zu vergrößern und nicht durch Konzentration auf die Schwächen zusätzlich zu vermindern. Statt dieser Einengung sollte Entfaltung in der Schule stattfinden, sodass speziell junge Menschen die Erfahrung der Selbstwirksamkeit, Selbstbestimmtheit und Sinnerfüllung machen können.

Fit für die Zukunft?

Im Grunde ist es ganz einfach: Wer fit für die Zukunft sein will, muss jetzt trainieren. Umso mehr Trainingsmöglichkeiten, umso vielfältiger die Palette, desto reichhaltiger wird die Zukunft: reich

an Optionen, reich an Chancen. Bei all den Problemen, mit denen wir heute konfrontiert sind, denkt unsere Gesellschaft zu kurzfristig. Wir sind immer nach dem unmittelbaren Nutzen aus, und nach der Umsetzbarkeit im Hier und Jetzt. Wenn wir nicht ständig auf die Zukunft vergessen würden, ließen sich vielleicht aber die Probleme von heute auch schon einfacher lösen.

Doch was bedeutet das konkret? In einem kleinen Land wie Österreich sind die Menschen der wichtigste Erfolgsfaktor, das größte Kapital und die aussichtsreichste Chance für eine vielversprechende Zukunft. Also muss man dort Maßnahmen setzen, wo es um das größtmögliche Entwicklungspotenzial der Menschen geht.

Sieht man sich die demografische Entwicklung an, wird schnell klar: Wir brauchen jede und jeden. So müssen die treibenden Kräfte in diesem Land alle Menschen in ihrer Individualität bei der Entdeckung und Förderung ihrer Talente und Interessen unterstützen – und das möglichst ohne Wertung. Wir wissen nicht, welche Qualitäten und Eigenschaften in Zukunft wichtig sein werden, deshalb können wir auf kein einziges Talent verzichten. Das gilt für jedes Alter und für alle Positionen in der Gesellschaft.

Bildung ist die effektivste Waffe gegen den Durchschnitt. So brauchen wir einen breiten Zugang zu Bildungseinrichtungen und Chancengerechtigkeit. Das kann einerseits durch Maßnahmen wie die Einführung eines verpflichtenden Bildungspasses (angelehnt an den Mutter-Kind-Pass) und andererseits durch die Verlängerung der Sekundarstufe erreicht werden.

Bei der Talentefindung kann man nicht früh genug ansetzen. Dazu gehört auch ein breites Angebot für das Entdecken der eigenen Stärken und Interessen. Hier liegen noch Potenziale in der Sensibilisierung und gezielten Schulung der Lehrkräfte – vom Kindergarten bis zu den Hochschulen – brach, um auch gezielt Zeitfenster in der Entwicklung nutzen zu können. Keine Schülerin und kein Schüler sollte die Schule verlassen, ohne über die

eigenen Fähigkeiten und Talente genau informiert zu sein. So sollte z. B. eine Potenzialanalyse integraler Bestandteil der Schulabgangsbescheinigung sein.

Für das derzeitige Schulsystem gilt: Schluss mit dem Durchschnitt, Schluss mit der Konzentration auf Schwächen. Ein gewisses Grundniveau muss sein, das steht außer Frage. Doch um das zu erreichen, bedarf es, wie etwa beim Führerschein, keiner Noten. Ein auf diesem Bildungsfundament aufbauendes Kurssystem könnte das Schulsystem flexibler machen und Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit bieten, sich auf ihre Interessen und Stärken zu konzentrieren. Insgesamt wäre zu überlegen, wie das Schulwesen noch autonomer gestaltet werden könnte, um Schulen wettbewerbs- und damit zukunftsfähig zu machen. Dazu zählt beispielsweise auch eine leistungsorientierte Entlohnung der Lehrenden.

Im internationalen Vergleich geht der Trend eindeutig zur Ganztagsbetreuung im schulpflichtigen Alter. Hier könnte etwa das Nachmittagsprogramm auch im Sinne der Talentefindung gestaltet werden, und zwar gezielt für Jugendliche aus sozial schwachen Familien, um Chancendefizite aufgrund finanzieller oder zeitlicher Rahmenbedingungen auszugleichen.

Ein Seil hält dann am besten, wenn es aus möglichst vielen einzelnen Strängen geflochten wird. Die einzelnen Stränge könnten in dem Fall die Vielfalt individueller Begabungen und Interessen einer Bevölkerung darstellen. Die Vernetzung und Verflechtung individueller Fähigkeiten durch Zusammenarbeit stärkt die Gesellschaft. Um Bruchstellen zu vermeiden, muss das Seil im Gewinde beweglich bleiben, so darf auch die Beschäftigung mit den eigenen Fähigkeiten und Talenten nicht einrosten, sie ist ein lebenslanger Prozess.

Kurzum: Eine zukunftsfähige und chancengerechte Gesellschaft braucht eine größere Varianz in dem, was ist und was sein darf. Um fit für die Zukunft zu werden, müssen wir weg vom Durch-

schnittswahn und hin zu Systemen, die Individualität und damit Kreativität zulassen und fördern. Peaks und Freaks sind weder Gefahr noch Luxus. Wir brauchen sie.

Literatur

Boote, W. (Reg.) (2010):

Was Sie schon immer über Österreich wissen wollten.

Felix Breisach Medienwerkstatt. ORF 2, 25.10.

Heinzlmaier, B.; Ikrath, P. (2011):

Bericht zur Jugend-Wertestudie 2011.

Wien: Institut für Jugendkulturforschung

Hengstschläger, M. (2012):

Die Durchschnittsfalle. Gene – Talente – Chancen.

Salzburg: Ecowin

Hengstschläger, M. (2008):

Begabung und Genetik.

In: Köhler, T. (Hrsg.): Potenzial und Performanz. Begabungsforschung und Begabtenförderung in Österreich und Mitteleuropa. Innsbruck: Studien Verlag

Hüther, G.; Hauser, U. (2012):

Jedes Kind ist hoch begabt. Die angeborenen Talente unserer Kinder und was wir aus ihnen machen.

München: Knaus

Rawls, J. (1971):

A Theory of Justice.

Cambridge: Harvard University Press

Siefer, W. (2009):

Das Genie in mir. Warum Talent erlernbar ist.

Frankfurt am Main: Campus Verlag

Statistik Austria (2011):
Statistische Nachrichten.
November. Statistik Austria Online

Taschner, R. (2011):
Gerechtigkeit siegt – aber nur im Film.
Salzburg: Ecowin

Gute Bildung ist möglich

Wie wir Chancengerechtigkeit im Lichte des gesellschaftlichen Wandels schaffen

Jörg Dräger

Mehr denn je prägt in der modernen Wissensgesellschaft der Grad an Bildung den individuellen Grad an Freiheit. Denn Bildung entscheidet über die Anzahl an Möglichkeiten, die ein Mensch in seinem Leben besitzt. Sie bestimmt wie nichts anderes die Chancen zu beruflicher Selbstverwirklichung, sozialer Teilhabe, ökonomischem Erfolg und persönlicher Zufriedenheit. Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft mit freiheitlichem Menschenbild ist folglich die Errungenschaft, jedem Bürger den gleichen Zugang zu Bildung zu garantieren. Neben diesem individuellen Grundrecht steht die Einsicht, dass ein hoher Bildungsstand möglichst vieler Bürger essenziell ist für Wohlstand und Wohlergehen der gesamten Gesellschaft. Umso wichtiger ist es, jenseits der formal gleichen Zugangsmöglichkeiten das Bildungssystem auf faire Chancengerechtigkeit zu überprüfen. Die Schlüsselfrage lautet: Gibt es gesellschaftliche oder strukturelle Faktoren, die einem Schul- und Bildungserfolg gemäß dem persönlichen Leistungsvermögen im Weg stehen?

Beispiel Deutschland

Eines der interessantesten Beispiele für eine solche Überprüfung ist sicher Deutschland. Nimmt man die Anteile der Sozialerats an den öffentlichen Haushalten als Maßstab, ist außerhalb Skandinaviens kein Land auf der Welt sozialer als Deutschland. Soziale Gerechtigkeit war und ist allen Bundes- und Landesregierungen ein glaubhaftes Anliegen. Am grundsätzlichen Willen, Chancengerechtigkeit auch in der Bildung herzustellen, so steht zu vermuten, fehlt es also nicht. Auch deshalb war die Aufregung groß, als die erste PISA-Studie vor zehn Jahren dem Exportweltmeister, der von nichts anderem so abhängig ist wie von Bildung, nicht nur qualitativ unterdurchschnittliche Ergebnisse attestierte. So eng wie in Deutsch-

land war zudem in keinem anderen OECD-Land Bildungserfolg an soziale Herkunft geknüpft. Seit dieser Erkenntnis, dem sogenannten PISA-Schock, hat sich im deutschen Schulsystem mehr bewegt als in mehreren Jahrzehnten zuvor. Um Qualität und Chancengerechtigkeit ist es heute, zehn Jahre später, ohne Frage besser bestellt. Das volle Potenzial hat aber Deutschland längst noch nicht ausgenutzt, gerade in den sozial schwächsten Teilen der Bevölkerung sind die Bildungsprobleme weiterhin erheblich.

Leistung und Gerechtigkeit sind kein Widerspruch

Ideologische Gräben haben in Deutschland zu lange die Reformdebatte erschwert. Soll ein Bildungssystem vor allem die Schwächsten fördern, damit auch sie eine Chance haben? Oder soll es die Stärksten noch weiter nach vorne bringen, damit sie zu mehr Wachstum und Wohlstand für alle beitragen? Diese Fragen hatten in Politik und Gesellschaft Entweder-oder-Charakter. Dieses Gegenüber blockierte wichtige Bildungsreformen und war Basis einer lähmenden Grundsatzdiskussion über Schulstrukturen. Dabei sind Leistung und Gerechtigkeit im Bildungssystem kein Widerspruch, und sie dürfen es auch nicht sein. Gute Bildungspolitik kann beide Ziele gleichermaßen erreichen, kann gleichermaßen qualitativ hochwertig und sozial gerecht sein. Ihr Anspruch muss lauten, alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft sowie von Einkommen und Bildungsstand der Eltern optimal zu fördern.

Gelingt dies, führt das – dessen muss man sich immer bewusst sein – im Ergebnis nicht zu Gleichheit. Im Gegenteil: Eine gute und faire Schule fördert jedes Kind individuell. Dadurch lernen auch die Besten, und zwar häufig am schnellsten. Chancengerechtigkeit bedeutet, dass die enge Kopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft abnimmt. Die durchschnittlichen Leistungen steigen, doch der Abstand zwischen den Schlechtesten und den Besten kann sogar größer werden. Ein System, in dem alle gleich schlecht sind, ist weder fair noch wettbewerbsfähig. Ein System, in dem alle gleich gut sind, gibt es nicht.

Unzureichende Bildung ist teuer

Auch wenn von einem guten und fairen Bildungssystem jeder Einzelne profitieren kann, liegt der größte individuelle und gesellschaftliche Gewinn eindeutig darin, den bisherigen Bildungsverlierern zu mehr Chancen zu verhelfen. Denn diese Gruppe ist das dringlichste Problem des Bildungswesens. Beispiel Deutschland: Fast 20 Prozent aller 15-Jährigen, darunter nahezu jeder vierte männliche Jugendliche, können höchstens auf Grundschulniveau lesen oder rechnen.

Diese häufig als Risikoschüler bezeichnete Gruppe – in der Regel sind es Kinder aus bildungsfernen und sozial schwachen Familien – wird dauerhaft die Sozialsysteme belasten. Was John F. Kennedy mit dem Satz „Es gibt nur eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung: Keine Bildung“ ausdrückte, haben Studien der Bertelsmann Stiftung exakt beziffert. Die Perspektivlosigkeit der bildungsfernen Jugendlichen steht in direktem Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum, Sozialausgaben und Kriminalität. Allein die jährlichen Folgekosten aufgrund fehlender Ausbildung summieren sich für die öffentlichen Haushalte auf 1,5 Milliarden Euro pro Jahrgang. Gelänge es, das Fünftel der Schüler, das kaum lesen und rechnen kann, drastisch zu reduzieren, würde Deutschland in den kommenden 80 Jahren ein zusätzliches Wirtschaftswachstum in Höhe von 2,8 Billionen Euro realisieren – mehr als die heutige Staatsverschuldung.

Auf gesellschaftlichen Wandel reagieren

Noch schlimmer ist, dass Bildungsverlierer dauerhaft am Rand der Gesellschaft stehen. Sie können kaum an ihr teilhaben, weder finanziell noch sozial. Auch wenn der männliche Risikoschüler mit Migrationshintergrund aus urbanem Milieu heute das chancenlose katholische Arbeitermädchen vom Lande aus den 1960er-Jahren abgelöst hat, bleibt der Befund zur Chancengerechtigkeit des deutschen Bildungssystems derselbe: Es ist ungerecht und zukunftsgefährdend. Damit einher geht der oft beklagte bröckelnde Zusammenhalt in der Gesellschaft. Fehlende Bildungschancen verstärken

die Ghetto­bildung in Städten mit der Konsequenz, dass Kinder und Jugendliche in diesen Milieus keine positiven Vorbilder mehr haben. Der letzte PISA-Test hat Deutschland die Auswirkungen deutlich gemacht: Entscheidend für den Schulerfolg ist insbesondere das Umfeld der Schule. Wer eine Schule in einem sozial schwachen Quartier besucht, hinkt bis zu zweieinhalb Jahre hinter gleich begabten Schülern her, die zwar ähnliche soziale Voraussetzungen haben, aber in einem günstigen Umfeld zur Schule gehen. Damit ist der weitere Weg für die Kinder in den schwierigen Quartieren vorgezeichnet. Er wird kaum aus den sozialen Brennpunkten herausführen.

Die neue Zusammensetzung der Gruppe der Bildungsverlierer geht einher mit anderen Merkmalen des gesellschaftlichen Wandels. In immer mehr Familien sind heute beide Elternteile berufstätig. Oder Kinder wachsen mit nur einem Elternteil auf, der dann auch für den Lebensunterhalt zuständig ist. Die Folge: Eltern haben weniger Zeit für ihre Kinder. Die allerdings brauchen eine immer bessere Ausbildung, um bei immer höheren Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können. Zugleich haben Kinder durch Fernsehen und neue Medien Ablenkungsmöglichkeiten wie nie zuvor. Auf all diese Entwicklungen muss unser Bildungssystem reagieren: Kinder werden in Zukunft früher, mehr und länger lernen müssen.

Frühkindliche Bildung

Der entscheidende Hebel für mehr Chancengerechtigkeit ist die frühkindliche Bildung in den Kindertageseinrichtungen. Kitas wirken sich positiv auf die Leistungen der Kinder und deren Schullaufbahn aus und schaffen insbesondere für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern mehr Chancen. So erhöht sich die Wahrscheinlichkeit eines Gymnasialbesuchs deutlich, wenn Kinder bereits im Alter von unter drei Jahren eine Kita besuchen. Haben beide Eltern höchstens einen Hauptschulabschluss, so steigt die Gymnasialwahrscheinlichkeit für ihr Kind bei einem frühen Kita-Besuch um 83 Prozent, haben Bildungsforscher ermittelt.

Chancengerechtigkeit lässt sich eher durch den Kindergarten als an der Universität erreichen. Dazu trägt bei, dass Kinder besonders ab dem zweiten Lebensjahr von Kontakten profitieren, die außerhalb der Familie liegen. Beziehungen zu anderen Kindern und Erwachsenen liefern wichtige Impulse für die Persönlichkeitsentfaltung und die Sprachentwicklung. Diese Kontakte machen Kinder widerstandsfähiger: Sie lernen besser, mit negativ empfundenen Erlebnissen umzugehen. Gute Kindergärten schaffen zudem eine anregende Umgebung für Kinder, in der sie neue Erfahrungen sammeln und Neues lernen können. So ergänzt die Welt der Kita die Welt, die das Kind von zu Hause her kennt.

Kinder sollten möglichst früh und möglichst lange zur Kita gehen. Der verpflichtende Kita-Besuch nach österreichischem Vorbild im letzten Jahr vor der Schule wäre in Deutschland jedoch kaum mehr als ein politisches Symbol. Ohnehin besuchen zu diesem Zeitpunkt 97 Prozent aller Kinder in Deutschland eine Kita oder Vorschule. Die Aufgabe der Politik besteht vielmehr darin, für unter Dreijährige genügend Plätze anzubieten und die Kitas so attraktiv zu machen, dass Eltern ihre Kinder gerne und freiwillig dorthin geben. Immerhin hat der Ausbau der Kita-Plätze an Tempo gewonnen, seit ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für unter Dreijährige beschlossen wurde, der ab August 2013 gültig ist.

Schule

Warum es in erster Linie auf den Lehrer ankommt, wenn wir gute Schulen wollen, hat besonders eindrucksvoll der schwedische Fernsehsender SVT belegt. Dessen Doku-Soap „Klasse 9A“ aus dem Jahr 2007 spielte an einer der schlechtesten Schulen Schwedens, in einem sozialen Brennpunkt von Malmö. Regelmäßig scheiterte dort die Hälfte der Schüler an der Qualifikation für eine weiterführende Schule. Die Idee der Fernsehmacher: Acht Superlehrer aus allen Landesteilen auswählen und die 9A innerhalb von sechs Monaten vor laufenden Kameras zu einer der besten drei Abschlussklassen Schwedens machen. Unmöglich? Nach einem halben Jahr beendeten die 15- bis 16-jährigen Bildungsversager tatsächlich die

Prüfungen als drittbeste Klasse von ganz Schweden, in Mathematik landete die Klasse sogar landesweit auf Platz eins.

Ob in deutschen, österreichischen oder schwedischen Klassenzimmern: Gute Lehrer machen den Unterschied. Sie fördern ihre Schüler individuell, können so mit den unterschiedlichen Leistungsständen und Lerngeschwindigkeiten umgehen und die nötigen Erfolgserlebnisse vermitteln. Individuelle Wochenpläne und Lernziele tragen den immer bunteren Klassenzimmern Rechnung. Die Zahl der Kinder aus Zuwandererfamilien nimmt vor allem in den Großstädten zu, während im ländlichen Raum wegen Schülermangels unterschiedliche Schulformen zusammengelegt werden. In bürgerlichen Gegenden geht fast jedes Kind aufs Gymnasium, immer mehr Kinder mit Förderbedarf besuchen Regelschulen. Die damit einhergehende Heterogenität eines jeden Klassenverbandes erfordert eine andere Art des Unterrichtens, als es so ausdifferenzierte Schulsysteme wie das deutsche und österreichische ursprünglich intendierten, indem sie für jedes Leistungsniveau die passende Schulform anzubieten versuchten.

Ein ebenso entscheidender Schritt zu mehr Chancengerechtigkeit ist die Ganztagschule. Der rhythmisierte, verpflichtende Ganztagsunterricht für alle Schüler unterstützt kognitives Lernen, indem er die intensive individuelle Förderung der Schüler ermöglicht und sicherstellt, dass das neu Erlernte geübt und wiederholt wird. Ganztagschulen bieten zudem die Räume für soziales und interkulturelles Lernen, die ansonsten oft fehlen. Vor allem in sozialen Brennpunkten können gute Ganztagschulen viel bewirken und den Kindern echte Aufstiegsmöglichkeiten bieten.

Übergang zur Ausbildung

Wenn Millionen junger Menschen in Deutschland ohne eine Berufsausbildung bleiben und damit von dauerhafter Arbeitslosigkeit bedroht sind, hat das Bildungssystem dramatisch versagt und muss geändert werden. Im Falle der Ausbildung ist das jedoch schon deshalb nicht ganz einfach, weil Deutschland wie auch Österreich mit

der dualen Ausbildung, also der parallelen Ausbildung in Betrieb und Berufsschule, eigentlich ein Erfolgsmodell geschaffen hat – aber eben nur für diejenigen, die auch einen Ausbildungsplatz finden.

Wer heute auf dem Arbeitsmarkt eine echte Chance haben möchte, braucht mindestens eine Berufsausbildung. Österreich ermöglicht deshalb seit 2008 allen Schulabsolventen, die keinen dualen oder schulischen Ausbildungsplatz finden, eine Ausbildung in einer staatlich finanzierten Lehrwerkstatt. Ein solches Recht auf Ausbildung sollte auch in Deutschland eingeführt werden, ohne das bewährte duale System zu gefährden.

Chancenspiegel: Mehr Transparenz

Gute Bildungspolitik braucht Transparenz. Denn gut kann Bildungspolitik nur sein, wenn sie auf Basis von Zahlen und Fakten und nicht nach Bauchgefühl gemacht wird. Einen Beitrag dazu hat im März 2012 der „Chancenspiegel“ der Bertelsmann Stiftung geleistet. Mit diesem neuen Instrument der Bildungsberichterstattung hat die Bertelsmann Stiftung erstmals für Deutschland den Versuch unternommen, Leistungsfähigkeit und Chancengerechtigkeit von Bildungssystemen zu messen. Die Studie analysiert und vergleicht die Schulsysteme der 16 deutschen Bundesländer in den Dimensionen Integrationskraft, Durchlässigkeit, Kompetenzförderung und Zertifikatsvergabe. Der „Chancenspiegel“ gibt Auskunft darüber, wo es heute schon ein gutes Ganztagsangebot, inklusive Schulen, wenige Sitzenbleiber, eine geringe Korrelation zwischen Herkunft und Bildungserfolg sowie wenige Schulabbrecher gibt – und in welchen Ländern deutlicher Nachholbedarf besteht. Ziel ist, die Debatte darüber anzuregen, wie Chancengerechtigkeit und Leistungsstärke gleichermaßen erhöht werden können, und aufzuzeigen, was Bundesländer voneinander lernen können.

Ein wichtiges Ergebnis der Studie lautet: Kein Bundesland ist überall Spitze, kein Land überall Schlusslicht – aber die Unterschiede zwischen den Ländern sind erheblich. Die Vermutung liegt nahe, dass die Unterschiede bei Weitem nicht so groß wären, wenn im staatli-

chen Auftrag regelmäßig Vergleichsstudien gemacht und die Ergebnisse dann auch veröffentlicht würden. Welcher Landesregierung würden es die Wähler durchgehen lassen, ihren Kindern deutlich schlechtere Bildungschancen zu gewähren als die anderen Länder? Transparenz muss Pflichtaufgabe von Bildungspolitik werden.

Konsequenz: Mittel ungleich verteilen

Daraus müssen dann aber auch die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden. Eine Konsequenz aus der Kopplung des Bildungserfolgs an soziale Herkunft sollte sein, stärker in sozialen Brennpunkten zu investieren. Gleiche Mittelverteilung ist ungerecht, wenn die Chancen ungleich verteilt sind. Gerade dann, wenn Eltern ihrer Aufgabe bei der Bildung der Kinder nicht nachkommen können oder wollen, müssen Kitas und Schulen ihr Angebot erweitern. Es geht darum, einen Rahmen zu schaffen, der Kindern Lernen überhaupt ermöglicht, ihre Talente weckt und ihre Defizite behebt. Das alles braucht Zeit und Personal: Lehrer, Sozialarbeiter, Psychologen, Erzieher. Und es kostet Geld, und zwar mehr als an den Schulen der Mittelschicht. Deswegen müssen wir die Mittel ungleich verteilen, zum Wohle aller. Andernfalls wird unser Bildungssystem weiter viel zu viele Bildungsverlierer produzieren, und die besser Gebildeten werden die Folgekosten irgendwann nicht mehr ausgleichen können.

Es ist eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft, Verantwortung für den Lernerfolg jedes einzelnen Kindes zu übernehmen. Formal mögen alle Kinder längst die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Bildung haben. Nun müssen wir endlich auch machbare Wege zu echter Chancengerechtigkeit finden.

Literatur

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2012):

Warum Sparen in der Bildung teuer ist. Folgekosten unzureichender Bildung für die Gesellschaft.

Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2011):
Übergänge mit System. Rahmenkonzept für die Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf.
Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

Bock-Famulla, K.; Lange, J. (2011):
Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2011.
Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

Bos, W.; Berkemeyer, N.; Manitus, V. (2012):
Chancenspiegel. Zur Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme.
Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

Dräger, J.; von Dohnanyi, K. (2011):
Dichter, Denker, Schulversager. Gute Schulen sind machbar – Wege aus der Bildungskrise.
München: Deutsche Verlags-Anstalt

Fritschi, T.; Oesch, T. (2008):
Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland.
Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

Klemm, K. (2010):
Jugendliche ohne Hauptschulabschluss.
Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

Rauschenbach, T.; Arnoldt, B.; Steiner, C.; Stolz, H.-J. (2012):
Ganztagschule als Hoffnungsträger für die Zukunft? Ein Reformprojekt auf dem Prüfstand.
Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

Die Chancengerechtigkeit in der Schule und ihre Feinde

Warum alle Ideologen echte Chancengerechtigkeit fürchten

Andreas Salcher

Der Dreißigjährige Krieg um die Begriffe Leistung und Gerechtigkeit überlagert die Schuldiskussion in Österreich und erstickt jeden ernsthaften Reformversuch im Keim. Wie in allen Religionskriegen sind objektive Fakten irrelevant und die Standpunkte der Lager unverrückbar. Das Schulwesen der Zweiten Republik ist unabhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation fest in roten und schwarzen Händen, daher spielen die Positionen der anderen Parteien nur eine untergeordnete Rolle.

Fangen wir mit der Partei an, deren Abgeordneter ich viele Jahre war, und deren einfaches Mitglied ich nach wie vor bin – der ÖVP. Die ÖVP ist aus tief verwurzelten ideologischen Gründen gegen die Gesamtschule.

Der ÖVP sind im Zweifelsfall die Interessen der begabten Kinder wichtiger als das Gesamtniveau aller Kinder eines Jahrgangs. Die ÖVP verteidigt die Zukunftschancen der Kinder aus dem Bildungsbürgertum, verkennt aber, dass wir uns die systembedingte Diskriminierung von begabten Kindern aus Arbeiter- und Migrantenfamilien nicht länger werden leisten können, weil diese einen immer größeren Anteil der Schulpflichtigen ausmachen. Die große Sorge um die Wahlfreiheit der Eltern ist die getarnte Furcht um die Standesinteressen der bestens in der ÖVP verankerten AHS-Lehrergewerkschaft.

Die ÖVP verteidigt nach wie vor die heile Welt, dass unsere Hauptschulen dem handwerklich talentierten Kind eine wunderbare Karriere als Facharbeiter oder gar Unternehmer eröffnen. Ihre führenden Funktionäre denken nicht im Traum daran, ihre eigenen Kinder auf diesen Karriereweg zu schicken.

Nun zur SPÖ:

Die SPÖ ist aus tief verwurzelten ideologischen Gründen für die Gesamtschule.

Der SPÖ ist im Zweifelsfall die Chancengleichheit der Kinder aus Arbeiterfamilien wichtiger als das Recht jedes begabten Kindes auf maximale individuelle Begabungsförderung.

Die SPÖ erkennt nicht, dass soziale Benachteiligungen am besten vor dem Schuleintritt oder spätestens in der Volksschule ausgeglichen werden müssen und nicht erst zwischen 10 und 14 Jahren.

Die SPÖ hat noch immer eine innere Distanz zur Selbstverantwortung und zum Leistungsprinzip. Sie vertraut eher dem Einfluss des Staates, um eine bessere Gesellschaft zu schaffen.

Die SPÖ stellt die Gesamtschule als ein Paradies dar, in dem die individuellen Begabungen maximal gefördert werden. Ihre führenden Funktionäre denken nicht im Traum daran, ihre eigenen Kinder an eine Gesamtschule zu geben – nicht einmal öffentliche Gymnasien sind gut genug für ihre Kinder.

Abweichende Meinungen innerhalb der SPÖ und der ÖVP vom jeweiligen Dogma werden als Ketzerei geahndet. Die Tatsache, dass es Schulsysteme wie in Skandinavien oder Kanada gibt, in denen Leistungsorientierung und Gerechtigkeit keine Widersprüche darstellen, wird hartnäckig ignoriert. Die verheerenden Folgen dieser ideologischen Selbstfesselung sind, dass unser Schulsystem heute leistungsfeindlich und sozial diskriminierend ist.

Vererbter Bildungsreichtum

Die Fakten:

- ▶ Land der sozialen Diskriminierung: OECD-Studien kritisieren immer wieder völlig berechtigt die im Vergleich zu anderen

Staaten bestehende soziale Diskriminierung von Kindern aus Migrantenfamilien und bildungsfernen Schichten. Die Chance auf höhere Bildung wird in Österreich vererbt: Schüler A ist außergewöhnlich begabt, seine Eltern sind Arbeiter und er wohnt in einem abgelegenen Dorf. Die statistische Wahrscheinlichkeit dafür, dass er in Österreich eine Matura machen wird, liegt bei 10 Prozent. Schüler B ist das Kind von Akademikern und lebt in einem bürgerlichen Bezirk in Wien. Sein Talent ist wohlwollend formuliert – überschaubar. Die statistische Wahrscheinlichkeit dafür, dass er in Österreich eine Matura machen wird, liegt bei 80 Prozent.

- Land der Analphabeten: Bei PISA 2003 betrug der Anteil der Risikogruppe – jene Kinder, die nicht sinnerfassend lesen konnten – 20 Prozent. Bei PISA 2006 verschlechterte er sich trotz aller angekündigten Maßnahmen leicht auf 21 Prozent. Bei PISA 2009 stürzten Österreichs Schüler beim Lesen innerhalb der EU auf den zweitschlechtesten Rang ab. Nur Rumänien lag hinter uns. Die berechtigten methodischen Zweifel an der PISA-Studie ändern nichts daran, dass auch andere internationale und österreichische Studien immer zum gleichen Ergebnis führen: Jeder fünfte 15-Jährige in Österreich kann nicht sinnerfassend lesen, jeder zehnte ist de facto ein Analphabet. Zusammen mit den Niederlanden hat Österreich den größten Anteil männlicher Leseverweigerer, nämlich 61 Prozent, die in der Freizeit niemals zum Vergnügen lesen.

- Land der Hilfsarbeiter: Acht von zehn Bewerbern um eine Lehrstelle scheitern ungeachtet eines positiven Hauptschulabschlusses bei den Aufnahmetests, die mittlerweile alle großen Unternehmen durchführen. Dabei werden die Grundrechnungsarten, Prozentrechnungen und einfachste Deutschkenntnisse überprüft. Selbst von jenen, die eine Lehrstelle bekommen, schafft dann jeder Fünfte die Lehrabschlussprüfung nicht. Dazu kommen noch jene, die erst gar nicht zur Prüfung antreten.

- Land der No-Future-Generation: Nur fünf Prozent der Schüler aus Migrantenfamilien oder aus bildungsfernen Schichten schaffen es trotz der schlechten Voraussetzungen, gute Leistungen in der Schule zu erbringen.

Fazit: Wer über mehr Bildung verfügt, wird seltener gekündigt, verdient mehr und zahlt daher höhere Steuern, ist in geringer Gefahr, kriminell zu werden, wird seltener krank und lebt deutlich länger. Diesen Bildungsreichtum vererbt er mit hoher Wahrscheinlichkeit an seine Kinder. So einfach ist das. Trotzdem leugnet die Politik in Österreich diese eindeutigen Zusammenhänge und versucht den Absturz unseres Bildungssystems schönzureden. Die Sozial- und Gesundheitskosten werden explodieren, weil man jeden fünften jungen Menschen in den 9 Jahren Schule völlig vernachlässigt, um ihn danach 60 Jahre erhalten zu müssen. Das ist ziemlich dumm.

Talent in die Verfassung

Chancengleichheit in einer Gesellschaft halte ich für eine Illusion, weil Kinder aus funktionierenden, gebildeten Familien immer einen Startvorteil haben werden. Das erreichbare Ziel, das sich ein Schulsystem setzen kann, lautet Chancengerechtigkeit. Dafür würde es reichen, ein Prinzip in unserer Verfassung zu verankern und es damit von jedem Bürger einklagbar zu machen: Jedes Kind hat ein Recht darauf, dass seine Talente in der Schule maximal gefördert werden.

Dem werden wahrscheinlich die meisten Menschen zustimmen. Konsequenter durchgedacht würde sich aber schnell zeigen, dass dieser Anspruch mit beiden zuvor geschilderten ideologischen Positionen unvereinbar ist.

1. Je gezielter die individuellen Talente von Kindern gefördert werden, desto größer werden die Unterschiede. Echte Chancengerechtigkeit würde Kinder nicht wie bisher an ein schulisches Mittelmaß anpassen, sondern zu weniger Nivellierung der Leis-

tungen führen. Das wird all jene, die sich von Schule aus ideologischen Gründen mehr Gleichheit wünschen, wenig freuen.

2. Chancengerechtigkeit hieße aber auch, alle Schüler systematisch in ihren Talenten unabhängig von ihrem Wohnort und ihrer Herkunft zu erfassen. Das wäre gerecht, aber ein völliger Bruch mit der bisherigen Tradition. Derzeit werden Kinder mit zehn Jahren in solche getrennt, die es „im Kopferl“ haben, und solche, die es „im Ärmel“ haben. Interessanterweise haben es 80 Prozent der Schüler in Wien-Hietzing „im Kopferl“ und 90 Prozent der Schüler in den ländlichen Gebieten von Tirol „im Ärmel“. Ohne sich dessen bewusst zu sein, schicken Eltern im bürgerlichen Hietzing ihre Kinder in eine nicht leistungsdifferenzierte Gesamtschule. Ein Drittel der Schüler langweilt sich, weil sie unterfordert sind, und ein Drittel kämpft ständig mit dem Überleben, weil sie überfordert sind. Umgekehrt hat ein Kind in Tirol, wenn es in einem Gegenstand in der dritten Klasse (!) Volksschule ein „Befriedigend“ hat, keine Chance, später an eine AHS zu kommen. Das führt dazu, dass Eltern der betroffenen Kinder dem Systemwahnsinn gehorchend fordern, ihre Kinder mögen die dritte Klasse wiederholen dürfen, obwohl sie eindeutig positiv abgeschlossen haben.

In Singapur müssen alle Kinder nach sechs Jahren Grundschule einen national einheitlichen Test absolvieren, dessen Ergebnis nicht nur über die zukünftige Schulkarriere, sondern meist auch über die berufliche Zukunft entscheidet. Dieser PSLE (Primary School Learning Examination) geht über drei Tage und testet hauptsächlich die mathematisch-logischen Fähigkeiten. Würden die Talente von Kindern in Österreich so erfasst werden, wäre es in vielen konservativen Elternhäusern mit der Begeisterung für ein selektives leistungsorientiertes Schulsystem schnell vorbei.

Österreichs Wohlstand hängt von unserem öffentlichen Schulsystem ab – mit oder ohne Euro.

Prinzipien für gute Schulen

Derzeit laufen zwei wichtige Diskussionen parallel nebeneinander, als ob sie nichts miteinander zu tun hätten: die Finanzkrise und die Bildungskrise. Diese sind aber durch das einfache Gesetz von Ursache und Wirkung untrennbar miteinander verbunden. Unser Bildungsniveau ist maßgebend für die Wettbewerbsfähigkeit und diese bestimmt langfristig unseren Wohlstand, unabhängig davon, ob es den Euro nächstes Jahr noch gibt. Wenn wir heute eine Schule oder eine Universität im Stich lassen, ist das für unsere Zukunft weit schlimmer, als eine Bank aufzugeben. Die eigentliche Katastrophe besteht darin, dass über das wichtigste Kapital Österreichs kein Schutzschirm gespannt wird.

Es ist daher die heilige Pflicht von uns allen, den Druck auf die politischen Parteien zu erhöhen, damit unsere Schulen nicht weiter ein Exerzierfeld für ideologische Verkrampfungen der Parteien, engstirnige Lehrgewerkschaftsinteressen, übersteigerten Föderalismus und existenzbedrohende Einsparungsfantasien bleiben. Alle aufgezeigten Gruppen verfügen über starke Lobbys. Dabei sollte unser Schulsystem ausschließlich dem Gemeinwohl dienen, um sicherzustellen, dass Eltern ihre Kinder guten Gewissens in jede öffentliche Schule schicken können. Das Gemeinwohl hat in Österreich aber keine Lobby. Daher schaut unser Schulsystem so aus, wie es ist. Wir alle sind dafür verantwortlich.

Das Wissen, wie eine Schule aussehen müsste, die sich an den individuellen Bedürfnissen der Schüler orientiert, ist bekannt. Die guten Schulen basieren auf bestimmten Prinzipien:

- ➡ Die Schüler werden systematisch in ihren Stärken und Schwächen erfasst und entwickeln sich ständig weiter. Die Definition von Talent umfasst gleichberechtigt kognitive, sportliche, künstlerische, emotionale und soziale Begabungen.

- Es besteht ein klarer Verhaltenskodex für Schüler und Lehrer, der auch konsequent umgesetzt wird. Für schwierige Fälle gibt es dafür ausgebildete Spezialisten.
- Die Zeitstruktur und die Räume der Schule orientieren sich an den Bedürfnissen der Schüler. Pausenglocken und starre Stundenpläne wurden abgeschafft.
- Lehrer bereiten nicht allein „ihre“ Stunden vor, sondern erarbeiten in Teams die Lernerfahrungen für ihre Schüler. Die Lehrer verbringen den ganzen Tag in der Schule und teilen sich ihre Zeit autonom ein. Sie haben moderne Arbeitsplätze und Räume für ihre Teambesprechungen.
- Ein exzellenter Direktor, der Menschen führen und begeistern kann. Dieser Direktor hat einen wesentlichen Einfluss auf die Auswahl seiner Lehrer und kann sich von den völlig ungeeigneten auch trennen.
- Der Unterricht geht über die klassischen Fächer wie Mathematik, Sprachen und Naturwissenschaften hinaus und umfasst Lernen in Projekten, Kunst, Sport und soziale Erfahrungen.
- Die Eltern werden von Anfang an in das Netzwerk der Schule eingebunden, sei das bei manchen auch noch so schwierig.
- Und das Wichtigste: Alle, der Direktor, die Schüler, die Lehrer und die Eltern, verstehen sich als Lernende. Lernende, die Fehler machen dürfen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen; Lernende, die Widerstände in sich selbst und bei anderen zu überwinden lernen; Lernende, die nicht die Fehlschläge und gescheiterten Versuche, sondern die Erfolge und Fortschritte zählen.

Wenn wir so genau wissen, wie gute Schulen funktionieren, warum schaffen wir diese dann nicht für alle Kinder?

Angst vor Widerstand

Die Antwort, auf die ich nach unzähligen Diskussionen mit den Verantwortlichen gekommen bin, ist banal und tragisch: Sie wollen das Offensichtliche nicht sehen, weil sie Angst vor dem Widerstand gegen das Neue haben. Sie klammern sich wider besseres Wissen am Alten fest. Sie orientieren sich nicht an den Reformern, sondern an den Bremsern. In der Wirtschaft gibt es den Spruch „Nicht die Großen fressen die Kleinen, sondern die Schnellen die Langsamen“. In der Schule herrschen die Langsamen über die Schnellen. Und da sich die Langsamen in der Schule überhaupt nicht bewegen, wird der Stillstand zur dominierenden Bewegungsart.

Wenn nicht eine grundlegende Reform gelingt, dann wird sich der Abstieg unseres öffentlichen Schulsystems fortsetzen. Jeder, der es sich irgendwie leisten kann, wird sein Kind in eine Privatschule geben. Im öffentlichen Schulsystem werden die Kinder der bildungsfernen Schichten übrig bleiben. Ich bin sehr für Privatschulen, weil sie den Eltern mehr Wahlmöglichkeiten bieten und den Veränderungsdruck erhöhen. Aber die Zukunft für ein kleines Land wie Österreich mit seinen 1,2 Millionen Schülern kann nur in einem öffentlichen Schulsystem liegen, das die Talente seiner Kinder fördert und nicht systematisch zerstört, nur weil jedes Vierte davon in die „falsche“ Familie am „falschen“ Ort geboren wurde. Wohin ein Raub der Bildungschancen und eine Erziehung zur Mutlosigkeit führen, zeigen die Beispiele von Griechenland und Spanien. Unvorstellbare 50 Prozent der jungen Menschen sind dort arbeitslos.

Das erste Land der Welt, das es schafft, die sozialen und kreativen Kompetenzen seiner Schüler genauso gut zu erfassen und zu fördern wie die kognitiven Fähigkeiten, wird das beste Schulsystem der Zukunft kreieren. Österreich hätte theoretisch die besten Voraussetzungen für einen derartigen Entwicklungssprung. Das öffentliche Bewusstsein ist mehr als bereit für eine große Bildungsreform, und Österreich ist nach wie vor eines der reichsten

Länder der Welt. Wenn wir keinen nationalen Konsens schaffen, werden wir uns alle in zehn Jahren fragen lassen müssen, warum wir nichts gegen den dramatischen Einbruch unseres Bildungssystems getan haben, obwohl die Fakten völlig eindeutig waren. Und wir werden dann sicher nicht mehr zu den reichsten Ländern der Welt gehören.

Literatur

Salcher, A. (2008):

Der talentierte Schüler und seine Feinde.

Salzburg: Ecowin

Salcher, A. (2012):

Nie mehr Schule/Immer mehr Freude.

Salzburg: Ecowin

Mehr Chancengerechtigkeit, bessere Integration

**Eigenverantwortung und Leistung sind für erfolgreiche
Integration ebenso entscheidend wie verbesserte
Rahmenbedingungen**

Sebastian Kurz

Eines haben uns die letzten 20 Jahre definitiv gelehrt – die Welt wird immer komplexer. Grenzen, Normen, Definitionen, die früher ihre Gültigkeit hatten, müssen heute neu gedeutet oder sogar definiert werden. Begrifflichkeit und das, was man damit verbindet, sind einer Veränderung unterworfen. Um Begriffe heute zu verstehen, müssen diese um neue Aspekte und Facetten erweitert werden. Auch der „Chancengerechtigkeit“ ergeht es so.

Fragen des Bildungs- und Berufserfolgs müssen heute auch unter dem Aspekt des gesellschaftlichen und demografischen Wandels gedacht werden. Denn der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, also jener Mitbürgerinnen und Mitbürger, die im Ausland geboren worden sind oder deren Eltern aus dem Ausland stammen, macht derzeit 19 Prozent der österreichischen Gesamtbevölkerung aus. Auf diese Bevölkerungsgruppe umgemünzt, geht es nicht nur um Leistung, es geht vielmehr um Integration durch Leistung!

Umdenkprozess starten

Der Begriff der Leistung ist in diesem Zusammenhang umfassend. Es geht um Leistung beim Erlernen der deutschen Sprache, beim Abschluss einer Ausbildung, um Leistung im Beruf, in der Familie oder im Ehrenamt. Der Leistungsbegriff orientiert sich an den unterschiedlichen Aufgaben und auch an den individuellen Möglichkeiten eines Menschen. Es geht darum, die Potenziale, die jemandem innewohnen, „abzurufen“ bzw. „abrufen zu können“. Für die Arbeit des Staatssekretariates ist das eine ganz zentrale Komponente.

Es bedarf jedoch eines Umdenkprozesses, um den Leistungsgedanken stärker als bislang in den Mittelpunkt der Integrationsdebatte zu stellen. Denn bislang war die Diskussion von der „Opfer-Täter-Rolle“ geprägt. Während die eine Seite Menschen mit Migrationshintergrund kursorisch als Rechtsbrecher und Sozialschmarotzer verunglimpfte, sah die andere Seite die Mehrheitsgesellschaft in einer nicht enden wollenden Bringschuld gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. Die Eigenverantwortung des Migranten wurde dabei vollkommen außer Acht gelassen.

Um also Integration durch Leistung überhaupt zu ermöglichen, bedarf es mehrerer Dinge. Da wäre zum einen die Veränderung in den Köpfen. Viel zu oft wird in der Öffentlichkeit ein Bild vermittelt, wonach Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich nicht erfolgreich sein können! Doch das stimmt so nicht! Viele Menschen, die nach Österreich gekommen sind, haben hier eine neue Heimat und auch persönlichen Erfolg gefunden! Sie sind in vielen Bereichen ein nicht wegzudenkender Bestandteil unserer Gesellschaft und unseres Landes geworden.

Ein David Alaba, der aus Nigeria stammend Stammspieler der Österreichischen Fußballnationalmannschaft ist und in der Kampfmannschaft von Bayern München steht, die aus Polen stammende Aleksandra Izdebska, die hier in Österreich ein Großunternehmen im Bereich EDV aufgebaut hat, der aus der Türkei stammende Oğuz „Mike“ Galeli, der sich als Schauspieler etabliert hat und in Vorarlberg wohnhaft ist – es sind Beispiele wie diese, die zeigen, dass Leistung sich lohnt und die Integration fördert.

Ort der Chancen

Neben diesen „bekannteren“ Beispielen gibt es aber noch die vielen anderen Erfolgsstories von Menschen mit Migrationshintergrund, die es hier geschafft haben. Und sie alle haben eines gemeinsam – sie haben für ihren Erfolg hart gearbeitet und gekämpft. Sie haben Leistung erbracht! Diese Menschen und ihre individuellen

Erfolgsstorys machen aber auch deutlich, dass Österreich von vielen als Land der Chancen wahrgenommen wird. Wenn es diese Chancen nicht geben würde oder gegeben hätte, hätten sich diese Menschen nicht hier niedergelassen. Der Grundgedanke, dass Österreich gerade für Migrantinnen und Migranten ein Ort der Chancen ist, ist im Denken dieses Landes nicht breit verankert. Und um genau das zu ändern, wurde bereits vor einem Jahr die Initiative „Zusammen:Österreich“ gestartet. Um diesen Umdenkprozess (d. h. Österreich als das Land der Chancen für Migrantinnen und Migranten) in der Gesellschaft, bei den Migrantinnen und Migranten sowie der sogenannten „Mehrheitsgesellschaft“ zu erwirken, setzt „Zusammen:Österreich“ bei der Jugend an!

In einem ersten Schritt wurden sogenannte Integrationsbotschafter nominiert. Es handelt sich dabei um Personen mit Migrationshintergrund, die hier in Österreich ihren Weg gemacht haben. Über hundert Personen, darunter bekannte Persönlichkeiten wie Attila Dogudan oder David Alaba, konnten dabei als Botschafter gewonnen werden.

In weiterer Folge wurden an unterschiedlichen Schulen in ganz Österreich Besuche dieser Integrationsbotschafter organisiert und darauf aufbauend an den Schulen Projekte bzw. Prozesse zum Thema Integration in Gang gesetzt. Es ging dabei um die Auseinandersetzung mit Integration und der Bedeutung individueller Leistung für den jeweiligen (beruflichen, gesellschaftlichen) Erfolg. Bei der Auswahl bzw. Beteiligung der Schulen an „Zusammen:Österreich“ wurde darauf geachtet, besonders Schulen bzw. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zu erreichen.

Durch die Positivbeispiele der Integrationsbotschafter und ihren Austausch mit den Schülerinnen und Schülern sollte ein anderes, ein nach vorne gerichtetes Bild erzeugt werden, das auf die Chancen hinweist. „Zusammen:Österreich“ ist somit nicht nur ein Projekt. Es ist ein Prozess, der bei allen gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeiten, die bestehen, aufzeigen soll.

Sprachkompetenz entscheidet

Chancengerechtigkeit steht in enger Verbindung mit Sprachkompetenz. Wenn ein Mensch, der in Österreich leben will, nicht die deutsche Sprache beherrscht, befindet er sich automatisch in einer nachteiligen Situation. Chancengerechtigkeit ist dann nicht gegeben. Das Erlernen der deutschen Sprache bedeutet daher nicht nur das Steigern der Sprachkompetenz, sondern auch die Schaffung von Chancengerechtigkeit.

Deswegen wird in der Arbeit des Staatssekretariates auf die Förderung der Deutschkenntnisse ein besonderer Fokus gelegt. Deutsch zu beherrschen bedeutet, faire Chancen in diesem Land zu haben. In diesem Zusammenhang erscheint es daher auch sinnvoll, all jene Kinder, die sprachlich darauf angewiesen sind, zu einem zweijährigen Kindergartenbesuch zu verpflichten. Schüler mit Sprachdefiziten bzw. Quereinsteiger ins Schulsystem sollten in verstärktem Ausmaß vor einer Teilnahme am Regelunterricht Deutsch-Intensivunterricht erhalten (die derzeitige Förderung von Schülern mit Sprachdefiziten erscheint dabei unzureichend).

Leistung kann aber auch nur dann erfolgen, wenn Chancengerechtigkeit hergestellt ist. An diesem Punkt wäre es falsch, von „perfekten“ Rahmenbedingungen für Migrantinnen und Migranten zu sprechen! Es wäre aber genauso vermessen, offensichtliche Probleme im Bereich der Integration nur unter den Begriffen „Diskriminierung“ und „Hindernisse“ zu betrachten. Ja, es gibt Dinge, die verbessert werden müssen. Und genau daran wird momentan gearbeitet!

Kompetenzen anerkennen

Viele Menschen, die nach Österreich kommen, bringen Qualifikationen und abgeschlossene Ausbildungen mit. Es sind Kompetenzen, die auf dem österreichischen Arbeitsmarkt vielerorts benötigt bzw. gesucht werden. Doch die Anerkennung dieser im Ausland erworbenen Qualifikationen ist oft mit teils nicht nach-

vollziehbaren Hürden verbunden. Dadurch gehen Österreich teils erhebliche Potenziale verloren. Der Verlust dieser Potenziale ist mit fehlender Chancengerechtigkeit gleichzusetzen. Gemeinsam mit anderen Partnern sind wir derzeit darum bemüht, dies auszugleichen!

So wurde mit dem Wissenschaftsministerium ein Paket auf den Weg gebracht, um die Anerkennung ausländischer akademischer Abschlüsse zu beschleunigen und zu vereinfachen. Eine diesbezügliche Beratungsstelle im Wissenschaftsministerium wurde eingerichtet. Anträge zur Anerkennung von ausländischen akademischen Abschlüssen werden nun innerhalb von drei Monaten nach Einreichung bearbeitet und bewertet. Die Universitäten, die ihrerseits bei der Anerkennung eine wesentliche Rolle spielen, sind dabei, ihre Informations- und Serviceangebote zu optimieren.

Im Bereich der beruflichen Anerkennung konnte in Zusammenarbeit mit mehreren anderen Ministerien, Institutionen und Organisationen die Internetplattform www.berufsanerkennung.at ins Leben gerufen werden. Erstmals enthält diese zentrale, einheitliche und allgemeingültige Daten und Informationen über die Anerkennung ausländischer Berufsausbildungen. Es werden darauf Ansprechpartner und die jeweils erforderlichen Anlaufstellen genannt. Diese so wichtigen Basisinformationen sind auch in gedruckter Form als „Anerkennungs-ABC“ österreichweit (unter anderem bei AMS, WIFI und dem Wissenschaftsministerium) verfügbar. Es sind dies erste, wichtige Schritte auf dem Weg zur Vereinfachung. Aber weitere müssen und werden noch folgen.

Keine Einbahnstraße

Chancengerechtigkeit im Kontext von Integration zu sehen und zu denken bedeutet, eine Ausgewogenheit zwischen Eigenverantwortung, Leistung und Verbesserungen zu schaffen. Es geht um Eigenverantwortung und Leistung, die man aufseiten der Migrantinnen und Migranten einfordern kann bzw. fördern soll.

Und auf der anderen Seite müssen Verbesserungen gelingen, um das Abrufen dieser vorhandenen individuellen Potenziale auch wirklich zu ermöglichen.

Chancengerechtigkeit unter dem integrationspolitischen Aspekt betrachtet ist somit keine Einbahnstraße. Sie bedeutet, viele neue Aspekte zu erkennen, zu berücksichtigen und einfließen zu lassen. Das ist nicht nur dreidimensional, das ist mehrdimensional! Es bedeutet, aufmerksam neue Entwicklungen zu beobachten. Die Arbeit dafür bleibt spannend!

Neue Wege zu Chancen

Wie soziale Innovationen Chancen erhöhen

Stephan A. Jansen

Wenn es um die Chancen der Zukunft geht, erleben wir gerade mit Blick auf das potenziell chancenfördernde Bildungssystem, dass nicht alles so ist, wie es sein sollte. Vor allem das politische Postulat der Chancengerechtigkeit hält dem Elchtest der Praxis nicht stand. Dazu drei empirische Schlaglichter:

- ▶▶ Christian Opitz und Egon Franck haben auf Basis der Filtertheorie von Kenneth J. Arrow eine aktuelle empirische Untersuchung der Ausbildungssignale anhand der Vorstandsvorsitzenden der jeweils hundert marktkapitalstärksten Unternehmen in den USA, Frankreich und Deutschland vorgenommen. Sie belegen anhand ihrer vergleichenden Untersuchungen im Hinblick auf die Unterschiede zwischen egalitären und wettbewerblich-hierarchischen Bildungssystemen eine stärkere Abhängigkeit der Karrieremöglichkeit von dem familiären Hintergrund vor allem in Deutschland. Paradoxerweise ist damit das Land mit dem größten Fokus auf Chancengleichheit dasjenige, welches die Selektion durch familiäre Beziehungsnetzwerke am stärksten fördert.

- ▶▶ Der bekennende Darmstädter Sozialist und Soziologe Michael Hartmann hat mittels einer vielfach versionierten Analyse von 6.500 in Ingenieur-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft Promovierten der Promotionsjahrgänge 1955, 1965, 1975 und 1985 darauf verwiesen, dass die soziale Herkunft entscheidend für die Bildungsbiografie ist und einen eigenständigen Faktor der sozialen Auslese darstellt. Seine ernüchternde Bilanz: „Alles in allem hat sich der Zugang zu den deutschen Eliten im Zeitverlauf gegenläufig zur Öffnung der Promotion sozial noch weiter geschlossen. Das gilt vor allem

für die Wirtschaft. Aber auch in der Politik, der Verwaltung, den Massenmedien, der Kultur oder beim Militär hat sich der Prozentsatz der Elitemitglieder (mehr oder minder deutlich) erhöht, die aus dem Bürgertum stammen“.

- ➔ Nach den Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks zeigt sich seit Jahren das Bild einer Schere bei der Abhängigkeit der Bildungsbiografie der jungen Menschen von der ihrer Eltern: 41 Prozent der 19- bis 24-Jährigen haben Väter mit Hauptschulabschluss als höchstem Schulabschluss. Von ihnen gelangten 19 Prozent in ein Studium (2003: 21 Prozent). Verfügen die Väter hingegen über eine Hochschulreife, gelangen 71 Prozent der Kinder an eine Hochschule (2003: 84 Prozent). Das bedeutet, dass sich die Entwicklung der Bildungsabhängigkeit in den letzten Jahren verschärft hat. Die Bildungsbiografie der Eltern hat einen maßgeblicheren Einfluss auf die Bildungsbiografie der Kinder als die berufliche Stellung oder der Erwerbsstatus der Eltern.

Man kann diese Daten auch in einem größeren gesellschaftspolitischen Kontext deuten: Das Paradigma des Egalitarismus, das in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur unsere Bildungs- und Hochschulsysteme geprägt hat, führt zu allem Möglichen – außer zu mehr Chancen. Die brauchen wir aber in allen Bereichen, wenn es um die Gestaltung der Zukunft geht.

Soziale Innovationen für mehr Wandel

Diese Paradoxien im Bildungssystem sind symptomatisch dafür, dass es uns an Institutionen, Agenturen und Dynamiken für notwendigen Wandel mangelt, damit wir jene Ziele erreichen können, die wir eigentlich erreichen wollen. Eine Antwort auf diese Herausforderungen ist der weithin unbekannt Markt der sozialen Innovationen. Die These lautet: Der notwendige Wandel wird künftig vom Sozialen angetrieben. Das 20. Jahrhundert war eines der hocherregenden und hochtechnologischen Innovationen.

Das 21. Jahrhundert könnte eines der noch erregenderen sozialen Innovationen werden.

Ein kleiner Auszug aus der Liste sozialer Innovationen zeigt, wozu es gehen kann: Geld wie Leasing, Universitäten wie Duale Hochschulen, Autovermietungen wie Mitfahrzentralen für Omnibusse, politische Regulierungen wie ihre gesellschaftliche Re-Regulierung, (Sozial-)Versicherungen und deren Absicherungen, Währungsunionen und deren Auflösungen, Umweltbewegungen und Lobbygruppen dagegen, Gruppentherapien und Social Media sind Beispiele, die zumindest stofflich den Unterschied zu technologischen Innovationen zeigen. Sie funktionieren nur im und für das Kollektiv.

Soziale Innovationen können als resonante, kommunikativ- und operativ-infektiöse Ideen für einen gesellschaftlichen Wandel verstanden werden, die aufgrund von technologischen, ökologischen, politischen und Veränderungen der Gesellschaft – z. B. durch erlebbare Krisen – als nachlaufende Lösungen bzw. Anpassungen der bisherigen sozialer und kultureller Praxen wirken. Nachhaltige gesellschaftliche Änderungen erfolgen durch die Entwicklung neuer Formen der Interaktion, der Institutionalisierung und der Instrumente. Soziale Innovationen basieren dabei besonders auf den Prinzipien der Inklusion, der Hybridisierung und der Systemisierung.

Problemorientierung statt Lösungsproduktion

Soziale Innovationen entstehen – wie andere Innovationen auch – erst dann, wenn eine Idee einen eigenen „gesellschaftlichen Markt“, d. h. Käufer, Anwender oder Gesetze und Regulierungen gefunden haben – und damit Nachahmer. Die schöpferische Änderung sozialer und kultureller Praxen kann im Schumpeterschen Sinne „zerstörend“ wirken – aber auch alternativ oder ergänzend. Wesentlich ist lediglich das Kriterium der angenommenen Neuheit der Gesellschaft, nicht der normativen, d. h. positiven oder negativen Bewertung. Diese erfolgt beobachterabhängig im Nachgang.

Der Trend wird klarer: Wir stellen um vom Fetisch der (technologischen) Lösungsproduktion auf Fantasien der (gesellschaftlichen) Problemorientierung: Ob Energie-, Mobilitäts-, Wasser- oder Demografie-Wenden, ob Wandel der Urbanität, des Klimas, des Verschuldungskapitalismus oder des Terrorismus: Der Übergang von einem wirtschafts- und ingenieurwissenschaftlichen Management des Industrie- und Finanzkapitalismus zu einem gesellschaftstheoretischen Management eines empathischen Kapitalismus wird spürbar – in Kapitalgesellschaften, Ministerien und Universitäten. Unsere gesellschaftlichen Herausforderungen und Krisen von heute sind die Geschäftsmodelle und Exportschlager von morgen. Soziale Innovationen sind produktive Parasiten der Probleme – und damit Kassenschlager des Übermorgen.

Das deutsche Forschungsministerium wie auch die EU haben mit dem Umstieg der Förderlogik von Technologie auf gesellschaftliche Problembewältigung begonnen. US-Präsident Obama hat ein „Büro für Soziale Innovationen und Bürgerbeteiligung“ und einen „Fonds für Soziale Innovationen“ für Bildung und Erziehung, Gesundheit sowie wirtschaftliche Fragen eingerichtet. Bleibt zu hoffen, dass Institutionen, die soziale Innovationen fördern sollen, auch in diesem Sinn wirken. Statt wie das Bildungssystem – wie im Bereich Chancengerechtigkeit – problematische Entwicklungen zu prolongieren und zu verstärken. Dann müssen wir uns über die Chancen und Geschäfte von morgen keine Sorgen machen. Das Lösen sozialer Probleme ermöglicht wirtschaftlichen und sozialen Erfolg.

Literatur

Franck, E.; Opitz, C. (2003):

Different higher education patterns of topmanagers in the U.S., France, and Germany. Working Paper No. 22.

Zürich: Universität Zürich

Hartmann, M. (2002):

Der Mythos von den Leistungseliten: Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft.

Frankfurt am Main: Campus Verlag

Deutsches Studentenwerk (2003):

17. Sozialerhebung – Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden der Bundesrepublik Deutschland.

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Verantwortung für Zukunft

Was Chancengerechtigkeit für unser Bildungssystem heißt

Brigitte Jank

Dass zwischen Bildung und Chancen ein enger Zusammenhang besteht, ist in politischen Sonntagsreden schon lange Allgemeinwissen. Fakt ist, dass unser Bildungssystem noch erhebliches Potenzial hat, wenn es sich zu einem echten Chancensystem entwickeln will. So haben wir in der Bildung ein massives Input-Output-Problem: Obwohl Österreich im internationalen OECD-Vergleich quantitativ hohe Bildungsausgaben aufweist (pro Jahr und Schüler \$ 11.851; OECD-Durchschnitt: \$ 8.831), schneiden unsere Schüler praktisch in allen nationalen und internationalen Vergleichsstudien und Schülerleistungstests nur durchschnittlich bis unterdurchschnittlich ab. Viel Geld für wenige Chancen: Das ist – ökonomisch wie gesellschaftspolitisch – keine zukunftsfähige Strategie.

Eine andere Herausforderung: Bildungstrends laufen in die falsche Richtung. Immer weniger Jugendliche absolvieren eine Lehrausbildung. Derzeit bilden knapp 4.500 Wiener Betriebe rund 16.100 Jugendliche zu Fachkräften aus. Doch trotz bester beruflicher Aussichten nach einer Lehre streben immer mehr Jugendliche die Reifeprüfung an. Gleichzeitig nimmt die Zahl der 15-Jährigen in Österreich und Wien stetig ab. Wenn diese Entwicklung andauert, können wir den laufenden Bedarf an Fachkräften nicht mehr decken. Bildungsexperten haben das drohende Szenario bereits in Zahlen gegossen: Während österreichweit derzeit 40 Prozent der 15-Jährigen eine Lehre beginnen, werden es in 5 Jahren nur mehr 30 Prozent sein – Tendenz sinkend. Und trotz intensiver Bemühungen, Mädchen für technische Lehrberufe zu gewinnen, ziehen drei „klassische“ Mädchenlehrberufe (Einzelhandel, Bürokauffrau, Friseurin) noch immer rund 50 Prozent der weiblichen Lehrlinge an.

Zielwerte entscheiden

Die Liste der Bereiche, wo sich eine Kluft zwischen Bildung und Chancen auftut, ließe sich weiter fortsetzen. All das hat direkte Auswirkungen auf die Zukunftsaussichten der jungen Menschen und auf die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts.

Bei der Korrektur von Fehlentwicklungen und der Gestaltung unseres Bildungssystems geht es nicht nur darum, an den richtigen Schrauben zu drehen, sondern die richtigen Zielwerte zu definieren, an denen sich unser Bildungssystem zu orientieren hat. Diese Zielwerte müssen mit dem identisch sein, was für die Menschen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt relevant ist.

So geht es nicht darum, das Bildungssystem mehr auf den Wert der Gleichheit hin auszurichten. Dies widerspricht der Vielfalt an Begabungen und Talenten, die wir haben und die wir gerade mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung mehr denn je brauchen. „Wussten Sie, dass der Mensch individuell ins Leben geht und sich sein Leben lang gegen Gleichmacherei wehren muss?“, fragt zu Recht der Genetiker Markus Hengstschläger in seinem neuen Buch „Die Durchschnittsfall“, wo er kritisiert, dass „der Durchschnitt die größte Gefahr für eine erfolgreiche Zukunft ist, weil er zu keinen Spitzenleistungen fähig ist.“ Das einzige und größte Kapital, auf das sich verlässlich und nachhaltig bauen lässt, ist die Individualität unseres Humankapitals, sagt der Wissenschaftler. Vor diesem Hintergrund fordert er, dass die bildungsfernen Schichten kompromisslos zur Bildung geführt werden müssen – nicht, um den Durchschnitt zu heben, sondern weil wir es uns nicht leisten könnten, auf diesen unglaublichen Schatz an individuellen Talenten zu verzichten.

Chancengerechtigkeit früh fördern

Damit wird deutlich, dass wir andere Werte in den Mittelpunkt unseres Bildungssystems stellen müssen als die Gleichheit. Aus meiner Sicht sind dies die Werte der Chancengerechtigkeit und der Verant-

wortung. Wir brauchen ein Bildungssystem, das den jungen Menschen gerechte Chancen eröffnet, damit sie ihre Verantwortung für die Zukunft bestmöglich selbst in die Hand nehmen können.

Chancengerechtigkeit in der Bildung heißt etwa, Förderungen möglichst frühzeitig anzusetzen, um Defizite früh auszubessern. Ein Beispiel dazu: Viele Ausbildungsbetriebe klagen darüber, keine geeigneten Lehrlinge zu finden. Tatsächlich gilt jeder fünfte Wiener Schüler in der 8. Schulstufe als Risikoschüler, mit gravierenden Mängeln, besonders bei der Lesekompetenz, was auch negativ auf Fähigkeiten wie Schreiben und Rechnen durchschlägt. Um jene Jugendlichen, die wegen mangelnder Qualifikation keine betriebliche Ausbildung beginnen können, aufzufangen, forciert die öffentliche Hand die sogenannte überbetriebliche Ausbildung – mit Kosten von mehr als 18.000 Euro pro Kopf und Jahr. Mit hohem finanziellen Aufwand versuchen die überbetrieblichen Ausbildungsstätten, die fehlenden Fertigkeiten auszugleichen – Fertigkeiten, die das Schulsystem vorher eigentlich hätte vermitteln sollen. Die Politik versucht hier, die Folgen eines unzeitgemäßen Bildungssystems im Nachhinein auszumerzen. Damit muss Schluss sein. Denn die Jugendlichen haben zu diesem Zeitpunkt bereits vielfach negative Erfahrungen hinter sich: keine Erfolge in der Schule, schwierige Erlebnisse bei Vorstellungsgesprächen und das Gefühl, gescheitert zu sein. Hinzu kommt die Ungewissheit, wie es nach der überbetrieblichen Lehre weitergeht. Das Geld zur Förderung der Jugendlichen muss viel früher eingesetzt werden – nämlich in den Pflichtschuljahren. Defizite bei einzelnen Schülern müssen rechtzeitig erkannt und mit speziellen Förderprogrammen beseitigt werden. Jeder Jugendliche muss in die Lage versetzt werden, die Schule mit ausreichenden Grundkenntnissen verlassen zu können. Erfahrungen der Wirtschaftskammer Wien mit einem Pilotprojekt haben gezeigt, dass lernschwache Schüler durch gezielte, moderne Lernmethoden rasch begeistert und unterstützt werden können. Das ist ein konkreter und vor allem rechtzeitiger Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit.

Aufwerten statt abwerten

Chancengerechtigkeit in der Bildung heißt auch, die Benachteiligung der Lehrlinge bei teuren Meisterprüfungen zu beseitigen und auch Studenten für ihre Ausbildung zahlen zu lassen. Chancengerechtigkeit lässt sich auch durch eine Ganztagschule stärken, v. a. für jene Jugendlichen, die von zu Hause keine Unterstützung bekommen – dies sind meist bildungsferne Schichten.

Mehr Chancengerechtigkeit erfordert aber auch eine Aufwertung des Meisters. In anderen Ländern ist man mit Meister- oder HTL-Abschluss bereits Bachelor und kann studieren. Dies erklärt auch den unterdurchschnittlichen Akademikeranteil in Österreich. Unser Vorschlag lautet daher, einen Bachelor-Professional zu etablieren, dessen Basis eine Meisterprüfung mit Zusatzprüfungen ist. Dies würde die Akademikerquote erhöhen und die Lehre attraktiver machen. In Österreich neigen wir leider dazu, lieber Geld in die Unis zu stecken und so den Akademikeranteil zu heben. Das ist gut für die Statistik, aber nicht für die Chancengerechtigkeit im Land. Als einer der größten Ausbildner des Landes – allein am WIFI Wien gibt es über 60.000 Kursteilnehmer pro Jahr, zusätzlich führen wir Vienna Business Schools, FH-Studiengänge, Modul Schulen und Modul University – sind wir mit dem Managen von realen Chancen für junge und ältere Arbeitskräfte bestens vertraut.

Chancengerechtigkeit in der Bildung erfordert aber auch eine gerechte öffentliche Bewertung von Bildungsangeboten. Mitschuld am mangelnden Interesse an einer chancenreichen Lehrausbildung trägt auch das in großen Teilen der Bevölkerung vorhandene, aber unbegründete schlechte Image der Lehre. So streben immer mehr Jugendliche – wohl auch durch ihre Eltern beeinflusst – Richtung Reifeprüfung und ziehen schlecht bezahlte Akademikerpositionen einem attraktiven Fachkräftegehalt vor. Die Folge ist, dass viele Oberstufenschüler in einem für sie völlig falschen Schulsystem sitzen und schlechte Noten bzw. Sitzenbleiben lieber in Kauf nehmen als eine vielfältige, praxisnahe und vielversprechende Fortbildung in einem der knapp 200 Lehrberufe. Dabei zeigt ein Vergleich der

Einkommen in Österreich, dass Arbeitnehmer mit Lehrabschluss mit Maturanten annähernd gleichgestellt sind. Das Erwerbskarrieren-Monitoring der Statistik Austria dokumentiert zudem, dass nur 4,5 Prozent der Maturanten direkt in das Erwerbsleben wechseln. Für niemanden sind die Jobaussichten so schlecht wie für AHS-Maturanten. Lehrabsolventen werden hingegen vom Arbeitsmarkt gut aufgenommen. Fast jeder Zweite findet binnen drei Monaten eine Stelle. Dafür sind die Chancen für Weiterbildung – und damit auf eine bessere Karriere – gering.

Für eine Steigerung der Attraktivität der Lehrberufe ist es dringend notwendig, Ausbildungs-Sackgassen aufzubrechen. So muss es einen leichteren Zugang zu Fachhochschul- und Universitätsstudien für Absolventen einer Lehre geben. Mit einer zusätzlichen Karriereperspektive würde die Lehre massiv an Attraktivität gewinnen. Denn Lehre, Matura und Studium dürfen keine Gegensätze sein. Der Wert der Lehre muss endlich anerkannt werden.

Talente richtig „checken“

Um mehr Chancengerechtigkeit für junge Menschen möglich zu machen, haben wir unter dem Titel „Neunte Schulstufe NEU“ eine umfassende Berufsorientierung und -information als Pflichtgegenstand in der 7. Schulstufe sowie eine Potenzialanalyse vorgeschlagen, um den Schülern objektiv ihre eigenen Neigungen und Talente vor Augen zu führen. Im Schuljahr 2012/13 startete mit dem „Talente-Check Berufsbildung“ in Wien ein neues, einzigartiges Schulprojekt. Wiens Schüler der 8. Schulstufe bekommen damit die Chance, die eigenen Fähigkeiten und die Anforderungen der Wirtschaft an künftige Arbeitskräfte besser kennenzulernen. Der Talente-Check startete als Pilot an 22 Wiener Mittelschulen, rund 2.000 Schüler werden daran teilnehmen. Ab 2013/14 wird der Talente-Check fixer Bestandteil des Unterrichtsangebots für alle Schüler der 8. Schulstufe, rund 18.000 Schüler werden dann pro Jahr den Check absolvieren. Mit dem Ergebnis erhält der Schüler einen Vergleichswert, wo er mit seiner Schulbildung, die die Betriebe als Wissensbasis voraussetzen, steht. Erstmals schaffen

wir eine praxisnahe und institutionalisierte Kooperation zwischen Wirtschaft und Schule – und erhöhen die Chancengerechtigkeit für junge Menschen.

Verantwortung wahrnehmen

Die Stärkung des Werts der Chancengerechtigkeit im Bildungssystem ist untrennbar verbunden mit der Stärkung des Werts der Verantwortung. Es geht um die Verantwortung der Eltern und der Schüler für ihre Zukunft, die man nicht delegieren kann. Jeder Mensch trägt Eigenverantwortung für sein Fortkommen in Bildung und Beruf. Diese Eigenverantwortung muss in einem leistungs- und verantwortungsfreundlichen Bildungssystem auch vermittelt werden. Es kann nicht so sein, dass am Ende des Tages immer „das System“ als Ausrede herhalten muss, wenn jemand in Bildung und Beruf nicht weiterkommt. Und es ist auch der falsche Weg der Bildungspolitik, Bildungsniveaus bei Abschlüssen zu senken – im Gegenteil: Wir brauchen Abschlüsse in allen Bereichen, die halten, was sie versprechen. Sonst landen wir rasch in der Unterdurchschnittsfalle.

Verantwortung ist im Bereich der beruflichen Bildung aber auch von den Unternehmen wahrzunehmen. Wer die Fachkräfte von morgen haben will, muss heute schon Verantwortung für ihre Ausbildung übernehmen. Dabei müssen wir uns mit Blick auf Wien nicht verstecken. Die aktuellen Zahlen zur Lehrstellensituation in Wien sind in allen Bereichen erfreulich. Besonders positiv verläuft die Entwicklung am Lehrstellenmarkt. Ende Juli waren 1.965 Lehrstellen beim AMS als offen gemeldet, davon waren 623 sofort verfügbar. Das ist der höchste Stand seit zehn Jahren. Bei den Lehrstellensuchenden gibt es zusätzlich noch einen deutlichen Rückgang von 13 Prozent. Ende Juli suchten etwas über 2.030 junge Menschen in Wien eine Lehrstelle. Damit ist die rechnerische Lehrstellenlücke auf dem niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Diese Zahlen beweisen, dass die Wiener Betriebe durch die Schaffung neuer Lehrstellen der Motor der Fachkräfteausbildung sind und ihrer Verantwortung vorbildlich gerecht werden. Großen Anteil an dem Plus an neuen Lehrstellen

haben übrigens die Lehrstellenberater der WK Wien, die bis Ende Juni 667 Betriebe persönlich besucht und bislang 399 neue Lehrstellenzusagen erhalten haben. Ende Juli gab es in Wien mit 16.950 Lehrlingen um 0,6 Prozent mehr als vor einem Jahr. Im 1. Lehrjahr sind in Wien derzeit 4.617 junge Menschen bei Ausbildungsbetrieben beschäftigt, das entspricht einer Steigerung von 0,8 Prozent. In überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen befinden sich im 1. Lehrjahr derzeit nur noch 1.108 Jugendliche – das sind um beachtliche 16,5 Prozent weniger als vor einem Jahr. Diese Daten zeigen, dass Chancengerechtigkeit und Verantwortung Werte sind, die auf das Engste mit unserer Wirtschaftskultur der Klein- und Mittelbetriebe verbunden sind.

Wirtschaftsbildung entscheidet

Für mehr Chancengerechtigkeit und Eigenverantwortung in der Gesellschaft müssen wir letztlich auch die wirtschaftliche Bildung forcieren. Eine im Juni präsentierte Umfrage der GfK Austria belegt, dass jeder fünfte Jugendliche nicht Prozentrechnen kann. Und 68 Prozent der Befragten gaben an, dass sie in der Schule nie Informationen über Finanzthemen erhalten haben. Mangelnde Finanz- und Wirtschaftsbildung kann dramatische Folgen haben. Insgesamt sind in Österreich bis zu 150.000 Menschen wegen Überkonsum und schlechter Finanzkenntnisse überschuldet.

Es ist längst an der Zeit, endlich eine grundlegende und umfassende Reform des Bildungswesens anzugehen. Mit dem Flickwerk der letzten Jahre ist es nicht getan. Zwar wird seit heuer an den Neuen Mittelschulen mit dem Unterrichtsfach „Berufsorientierung“ eine langjährige Forderung der Wirtschaft endlich umgesetzt, doch die Gleichstellung der qualitativ höchst anspruchsvollen Meisterprüfung mit einem akademischen Abschluss, der gezielte Aufbau von lebenslangen Bildungskarrieren oder die in jeder Hinsicht verbesserte pädagogische Betreuung unserer Kinder und Jugendlichen – das alles muss rasch angepackt werden. Für ein Bildungssystem, das durch mehr Chancengerechtigkeit und Verantwortung für Menschen und Standort eine sichere Zukunft schafft.

Chancen-Agentur Schule

Wie können wir unser Schulsystem zum echten Chancensystem für Kinder und Jugendliche weiterentwickeln?

Bernd Schilcher

Hierzulande sind die Bildungswege der meisten Kinder vorgezeichnet: vom Beruf der Eltern, ihrem Einkommen und vor allem von ihrem sozio-kulturellen Status. Als Thomas mit der 4. Klasse Volksschule begonnen hatte, fragte ihn die Nachbarin, die neben der Ordination von Thomas' Vater ein kleines Friseurgeschäft betrieb, was er denn im nächsten Herbst machen werde. „Ja, ich gehe ins Gymnasium nach Stainach.“ Thomas war erstaunt über die Frage. Was sollte er denn sonst machen? Schon sein Vater war dort zur Schule gegangen. Und auch der Großvater.

Dann werde er wohl auf ihren Hannes verzichten müssen, meinte die Frau. Denn für sie war ebenso klar, dass ihr Sohn, der beste Freund von Thomas, zuerst die Hauptschule im Ort und dann das Poly besuchen werde. „Auch Florian und Stefanie gehen nächstes Jahr hier zur Schule“, stellte die Nachbarin fest. Das waren die Zwillinge des größten Bauern der Umgebung. Sie beide und Thomas sind schon seit dem Kindergarten gute Freunde. An eine Trennung hatte er noch gar nicht gedacht. „Aber vielleicht geht der Gregor mit nach Stainach“, hoffte Thomas. Nein, das glaubte die alleinerziehende Friseurin nicht. Der Gregor werde doch einmal die Bäckerei der Eltern übernehmen. Und dazu muss man nicht ins Gymnasium gehen.

Am Abend bestätigten ihm die Eltern, dass er der einzige Mittelschüler des Ortes sein werde, da die Kinder des Apothekers wie auch des Herrn Regierungsrates, der bei der Bezirkshauptmannschaft arbeitet, bereits maturiert hatten. Thomas fand das alles sehr traurig. Er konnte sich noch gar nicht vorstellen, den ganzen Tag allein in Stainach zu sein. Ohne seine Freunde.

Was sich nicht geändert hat

Tatsächlich spielen sich diese kleinen Dramen jedes Jahr ab. Dabei werden regelmäßig enge Bande, die von den Kindern ab dem dritten bis zum zehnten Lebensjahr geknüpft wurden, abrupt zertrennt. Das sind die üblichen Opfer auf dem Altar des „gegliederten“ Schulsystems. Nur: So früh wie bei uns wird freilich nur noch in Deutschland, Ungarn, Tschechien und der Slowakei getrennt. Über 80 Prozent der europäischen Staaten machen das viel später, die meisten erst ab dem 15. oder 16. Lebensjahr.

Im Grunde sind es das ehemalige Deutsche Reich einerseits und die österreichische Monarchie (Österreich-Ungarn, Tschechien und die Slowakei) auf der anderen Seite, die in ihrer Schulpolitik bis heute nicht weit über das 18. Jahrhundert hinaus gekommen sind. Kein Wunder, hatte in beiden Reichen doch jeder Stand Jahrhunderte hindurch seine eigenen Schulen: die Bauern und Handwerker die Volksschule und die Sonntagsschule (eine Art Berufsschule), die Bürgerlichen ihre Gymnasien und der Adel lange Zeit „Ritterakademien“ und „Edelknaben-Schulen“. Das lässt sich offenbar nicht so rasch ändern. Vor allem nicht in der Einstellung der Beteiligten: Immer noch sind Maturanten und Akademiker hierzulande nicht nur besser ausgebildet (und gebildet), sondern auch gleichzeitig die „besseren Leut“ – ganz so wie früher in der „guten alten Stände-Zeit“.

Dafür gibt es auch Zahlen und Fakten. Nach einer jüngsten Untersuchung der Oesterreichischen Nationalbank sind die Chancen der Kinder eines Vaters mit Hochschulabschluss 16 Mal (!) größer, gleichfalls Akademiker zu werden, als die Chancen von Kindern, deren Väter keinen oder nur einen Pflichtschulabschluss vorweisen können. Das ist eine der schlechtesten Relationen zwischen sozialer Herkunft und Bildungsaufstieg in der OECD. Man kann in Österreich daher mit Fug und Recht von einer „Vererbung der Bildung“ sprechen.

Empirische Befunde

Dieses Ergebnis ist vielfach bestätigt worden. In einer Studie von Alex Usher und Amy Cervenak ist der soziale Zugang zu Österreichs Universitäten im Vergleich zu den Unis in zwölf weiteren Industriestaaten an letzter Stelle gereiht worden – weit hinter den Niederlanden (1), Finnland (2), Großbritannien (3), den USA (4) und Kanada (5). Das heißt, dass in unserem Land die höchste soziale Zugangs-Diskriminierung zu Universitäten herrscht.

Das jüngste PISA-Ergebnis schlägt in dieselbe Kerbe. Es hat uns zunächst einmal bestätigt, dass 28 Prozent der 15-Jährigen in Österreich nicht sinnerfassend lesen können und daher weitgehend bildungsunfähig sind (Tendenz stark steigend). Das ist schon sehr alarmierend. Noch peinlicher wird dann der Vergleich. Österreich belegte beim Lesen mit durchschnittlich 470 Punkten nämlich nur mehr den 31. Platz von 34 Mitgliedsländern. Vor uns liegen beispielsweise Staaten wie Griechenland, Spanien, Italien, Ungarn, Tschechien und Slowenien. Ihre Schülerinnen und Schüler lesen alle besser als unsere.

Dazu kommen aber noch gewaltige „ständische“ Unterschiede. Haben österreichische Väter lediglich einen Pflichtschulabschluss, so erreichen ihre Kinder durchschnittlich nur 399 Punkte beim Lesen; haben diese Väter zusätzlich eine Lehre abgeschlossen, verbessern sich die Kinder auf 455 Punkte; beim väterlichen Maturanten sind es bereits 483 Punkte und beim Akademiker schließlich 520 Punkte. Im Ergebnis ist das eine ständische Spreizung zwischen Vätern mit bloßem Pflichtschulabschluss bis hin zum Akademiker von 121 Punkten. Das ist international rekordverdächtig – entspricht es doch einer Differenz von über zwei Jahren Schulbesuch! Eine solche besteht zwischen den besten Leseländern und den schlechtesten.

Hohe Differenz

Abgeschlagen rangieren in Österreich auch die Kinder mit Migrationshintergrund. Der Anteil der Migranten an der österreichischen Bevölkerung beträgt mittlerweile rund 16 Prozent. Nimmt man die Leseleistungen der ersten und zweiten Generation dieser Kinder zusammen und vergleicht sie mit der autochthon-österreichischen, so beträgt die Differenz 68 Punkte. Das ist einer der höchsten Unterschiede in der OECD samt ihren Partnerländern. Nur Italien liegt mit 72 Punkten noch darüber.

Sobald man allerdings die soziale Schichtung der Migrantenkinder mitberücksichtigt und sie mit der entsprechenden autochthon-österreichischen vergleicht, sinkt die Differenz auf 45 Punkte. Im internationalen Vergleich ist das aber immer noch sehr hoch. Im alten Einwanderungsland Australien beispielsweise haben die Migranten die einheimischen Kinder in der Lesekompetenz bereits überholt und in Kanada sowie in den USA stehen sie nur noch um zwei Punkte zurück. Daraus folgt ein Doppelschluss, nämlich, dass Österreich für seine ureigenen bildungsfernen Schichten schon viel zu wenig – manche sagen sogar: so gut wie nichts – tut, für die Kinder mit Migrationshintergrund aber noch viel weniger.

Diese verheerenden Ergebnisse werden schließlich noch durch die jüngste Resilienzuntersuchung in „Education at a Glance“ 2011 unterstrichen. Während in Shanghai immerhin 75 Prozent der untersten sozialen Schicht zur Gruppe der besten Leserinnen und Leser zählt, sind es bei uns gerade einmal 20 Prozent. Das ist vor Russland und Argentinien der drittschlechteste Resilienzwert der OECD. Deren Mitglieds- und Partnerländer schaffen im Durchschnitt wenigstens 31 Prozent. Mit anderen Worten: In Österreich leben die Bildungsfernen schön abgesondert von den besseren Ständen.

Kennt man alle diese Zahlen, so ist man nicht überrascht, dass wir in unserem Land Jahr für Jahr auf rund 79.000 16- bis 24-Jährige

kommen, die entweder überhaupt keinen Schulabschluss haben oder doch nur einen Pflichtschulabschluss schaffen. Und der reicht heutzutage kaum noch für eine Anstellung.

Klagen von Unternehmen

Dazu kommt, dass selbst Schülerinnen und Schüler mit einem Pflichtschulabschluss häufig nicht richtig lesen, schreiben und rechnen können. Die VOEST muss daher schon seit einiger Zeit über 70.000 Euro für die ersten zwei Jahre pro auszubildendem Lehrling aufwenden – einen immer höheren Anteil davon für die Kosten der Nachhilfe beim Lesen, Schreiben und Rechnen. Vielen Unternehmern reicht es mittlerweile, ständig die Versäumnisse der Schulabgänger, ihrer Schulen und Lehrkräfte zu finanzieren, und sie verlagern ihre Betriebe ins Ausland. So etwa der Präsident der Vorarlberger Industrie, der mit seinem Betrieb nach Krakau gegangen ist. Dort findet er genügend gut ausgebildete Fachkräfte.

Eine Flucht dieser Art kann freilich nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Denn bei aller europäischen Zusammenarbeit muss jedes Land nicht nur bei der Wirtschaft, sondern auch bei seiner Bildung die Hausaufgaben selber machen und seine Probleme in den Griff bekommen. Also ist schon aus der Sicht der beruflichen Chancen unserer Schulabgänger Feuer am Dach.

Noch alarmierender sind die sozialen und damit auch die finanziellen Konsequenzen unserer schlechten Bildungsergebnisse. Sehr viele der 79.000 Minder-Qualifizierten geraten bereits in kurzer Zeit auf die staatliche Nachschulungs- und Sozialschiene. Eine weitere Reihe von ihnen landet einige Zeit später und/oder immer wieder bei den Sozialbehörden. Dort wird versucht, mit ungleich höheren Mitteln, als in den Schulen nötig gewesen wäre, Versäumtes nachzuholen. So gibt Österreich jährlich zwei Milliarden Euro allein für Nach- und Umschulungen aus. Internationale Untersuchungen haben zudem gezeigt, dass jede Schülerin, jeder Schüler ohne Abschluss den Staat lebenslang zwischen

350.000 und 450.000 Dollar kostet: an versäumter Steuerleistung, Sozialbeihilfen sowie immer häufiger auch an Gefängnis- und Ermittlungskosten. Das sind in Summe gleichfalls mehrere Milliarden Euro, die jährlich anfallen. Es überrascht daher nicht, wenn unsere Ausgabenstruktur aller Staatsleistungen pro Jahr immer sozillastiger wird. So hat Österreich im vergangenen Jahr bereits 51 Prozent seiner gesamten Staatsleistungen (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände), das waren 78 Milliarden Euro, nur für Pensionen und Soziales ausgegeben. Also im Großen und Ganzen für Investitionen in Pensionistinnen und Pensionisten sowie in Sozialreparaturen aus der Vergangenheit.

Für die Zukunft der Jungen, also für Schulen, Bildung, Unis, Wissenschaft und Forschung blieben hingegen nur 16,4 Milliarden, das sind knapp 11 Prozent. 51 Prozent zu 11 Prozent zwischen Alt und Jung, zwischen Reparatur und Zukunft – das ist alles andere als ein gesundes Verhältnis. Man wird sehen, wie lange sich das die junge Generation gefallen lassen wird.

In Bildung investieren

Zumal es eine ganz klare und einleuchtende Alternative gibt. Man kann sie pädagogische Sozialprophylaxe nennen. Das ist, wie schon gesagt, nichts anderes als eine möglichst frühe und möglichst effiziente Investition in Bildung. Alle Wohlfahrtsstaaten der Welt haben mittlerweile eingesehen, dass jeder Cent, den man bereits in die Frühförderung der Kinder ab dem ersten Lebensjahr steckt, später 20 Cent an Kosten für Sozialreparaturen erspart. Ein guter Deal – materiell wie auch ideell.

Bleiben wir zunächst beim Geld. „Wir können unseren sozialen Wohlfahrtsstaat nur erhalten, wenn immer weniger Menschen von Sozialleistungen abhängig sind. Und das geht nur durch Bildung.“ Das hat nicht irgendjemand gesagt, sondern der amtierende schwedische Sozialminister Ulf Kristersson beim Forum Alpbach 2012. Und der weiß, wovon er spricht. Schweden, das immerhin einen Migrantenanteil von 12 Prozent aufweist, hat

z. B. 40 Prozent seiner türkischen Migrantenkinder der zweiten Generation vor dem 3. Lebensjahr bereits in der Frühförderung integriert. Zusammen mit gemeinsamen Ganztagschulen führt das zu dem höchst beachtlichen Akademiker-Output türkischer Migranten der zweiten Generation von 33 Prozent. Zum Vergleich: In Österreich werden nur 4 Prozent der türkischen Migrantenkinder der zweiten Generation vor dem 3. Lebensjahr früh gefördert. Hier gibt es auch keine Ganztagschule als Regelschule und schon überhaupt keine gemeinsamen Schulen. Die Folgen für die erwähnten türkischen Migrantenkinder sind eindeutig. Hierzulande sind es nur 14 Prozent der zweiten Generation, die einen tertiären Abschluss schaffen, also weniger als die Hälfte der jungen Türken in Schweden. Man sieht: Schule hilft. Vor allem wenn die Förderung früh und individuell beginnt, das heißt, wenn man alle Begabungen und Talente jedes einzelnen Kindes so bald wie möglich feststellt und fördert.

Welche Bedeutung eine möglichst lange gemeinsame Ausbildung von Schülerinnen und Schülern aus allen Schichten, Kulturen und Religionen sowie mit allen Behinderungen für die Bildungskarriere und den sozialen Aufstieg der Bildungsfernen hat, zeigt nicht zuletzt eine Schweizer Untersuchung. Claudia Zahner-Rossier und Thomas Holzer haben anhand der PISA-Ergebnisse von 2006 nachgewiesen, dass die sozio-ökonomische Herkunft der Eltern und ihr Einkommen für die schulischen Leistungen ihrer Kinder eine umso größere Bedeutung haben, je kürzer die Zeit ist, die sie gemeinsam unterrichtet und erzogen werden. Und umgekehrt.

Kein Wunder also, dass die Schweiz längst anders tickt als wir. So gibt es nur noch in zwei Kantonen eine Trennung der Kinder mit 10 Jahren. In drei wird mit 11 getrennt, in 18 Kantonen mit 12 Jahren und die Kantone Wallis, Genf und Tessin haben überhaupt gemeinsame Schulen bis zum 14. bzw. 15. Lebensjahr. Aber auch in Deutschland rührt sich etwas. 6 Bundesländer von 16 trennen ihre Kinder erst mit 12 Jahren, Sachsen hat soeben auf 13 erhöht. Es ist auch das Land mit der besten bildungspoliti-

schen Performance. Die Folgen werden bereits sichtbar. Sowohl in der Schweiz als auch in der BRD sind die PISA-Ergebnisse erheblich besser als bei uns, sodass dort immer mehr Bildungsferne in die gewerbliche Ausbildung und in einen tertiären Abschluss drängen. Daher hat die Schweiz einen Akademikeranteil von 33 Prozent, Deutschland von 24 Prozent, Österreich hingegen nur von 19 Prozent.

Finanzielle und ideelle Vorteile

Natürlich kosten solche Umstellungen Geld. Aber das kommt rasch wieder herein, wenn die Nach- und Umschulungskosten sinken, die Steuereinnahmen durch Mehrbeschäftigungen steigen und die Zahl der jungen Sozialhilfeempfänger deutlich abnimmt. Nicht zu vergessen der durchgehende Vorteil durch die Höherqualifikation. Soeben hat die OECD gezeigt, dass der österreichische Staat an jedem neuen Akademiker netto, also nach Abzug der Studienkosten und des Steuerverzichts während des Studiums, lebenslang \$ 117.000.- und an jeder Akademikerin \$ 67.000.- verdient. Dazu kommt, dass Österreicherinnen und Österreicher, die eine postsekundäre Ausbildung haben, um \$ 124.000.- in ihrem Leben mehr verdienen als Personen ohne diese Qualifikation. Noch deutlicher werden die Unterschiede beim Einkommen von Akademikerinnen und Akademikern: Sie können netto um \$ 174.000.- mehr erwarten als Nichtakademikerinnen und -akademiker.

Dazu kommen freilich noch zahlreiche ideelle Vorteile. Akademiker haben ein erfüllteres Leben, sie werden weniger krank, leben länger und haben weit mehr Freude an ihrer Arbeit. Unterschiedliche Kulturen, Religionen und soziale Schichten empfinden sie in der Regel als Bereicherung; sie achten mehr auf Toleranz und Fairness als weniger Qualifizierte. Laurence Nodder, 53, in Südafrika aufgewachsen, 13 Jahre lang Leiter des Waterford Kamhlaba United World College in Swasiland und künftiger Chef des ersten UWC in Freiburg/Deutschland, sagt dazu: „Rassismus, soziale und Bildungsausgrenzung gibt es überall auf der Welt.

Auch wenn man sie nicht Apartheid nennt. Dagegen anzukämpfen und junge Menschen aus allen Teilen der Erde und allen Religionen, eine gute Mischung aus Arbeiter-, Mittelschichts- und Migranten-Kindern zu weltoffenen, toleranten und selbstbewussten ‚Entrepreneuren‘ zu erziehen, ist Ziel des UWC und eine fantastische Aufgabe für uns Lehrer.“ Das sollte so rasch wie möglich auch für alle österreichischen Schulen gelten.

Literatur

Fessler, P.; Mooslechner, P.; Schürz, M. (2011):

Intergenerational Transmission of Educational Attainment in Austria.

In: *Empirica*. Vol. 39, Nr. 1, S. 65–86

Usher, A.; Cervenán, A. (2005):

Global Education Rankings, Affordability and Accessibility in Comparative Perspective.

Washington: Educational Policy Institute

(TIES) The Integration of the European Second Generation. (2011):

[Online]. Available: <http://www.tiesproject.eu>

[Accessed 30.08.2012].

Zahner-Rossier, C.; Holzer, T. (2007):

PISA 2006: Kompetenzen für das Leben – Schwerpunkt Naturwissenschaften. Nationaler Bericht.

Neuchâtel: Bundesamt für Statistik

OECD INDICATORS (2011):

Education at a Glance.

Paris: OECD Publishing

Her mit unserer Zukunft!

Warum wir in Österreich die Chancen auf Wohlstand und Sicherheit Richtung Jugend umverteilen müssen

Markus Roth

Österreich verteilt viel um – allerdings in die falsche Richtung. Angesichts der höchsten Umverteilungsquote aller OECD-Staaten und der dritthöchsten Steuer- und Abgabenquote der Euroländer brauchen wir nicht mehr Verteilungsgerechtigkeit in der Gegenwart, sondern mehr Chancengerechtigkeit Richtung Zukunft. Denn was derzeit vor allem in den Himmel wächst, sind nicht die Chancen, sondern die Belastungen und Schuldenberge für die Jungen.

Faktum ist: Schulden vernichten Zukunft. Die Generationengerechtigkeit ist zum leeren Schlagwort verkommen. Die Politik muss endlich aufwachen. Denn Schulden belasten nicht nur die Zukunft, sie stehlen auch die Mittel für notwendige Zukunftsinvestitionen. Österreichs Schuldenstand beträgt derzeit mehr als 217 Milliarden Euro.

Allein an Zinsen bezahlt die Republik pro Jahr die unglaubliche Summe von mehr als 7,7 Milliarden Euro zurück – was wiederum durch neue Schulden finanziert wird. Wir müssen aus diesem Teufelskreis ausbrechen. Statt die Schulden durch Ineffizienzen in der Verwaltung oder ein reformbedürftiges Pensionssystem noch weiter explodieren zu lassen, brauchen wir Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildung oder Forschung.

Wer mehr Gerechtigkeit im Land fordert, der darf das Pensionssystem nicht unter einen Glassturz stellen. Die nüchternen Fakten unterstreichen den dringenden Handlungsbedarf: Das tatsächliche Pensionsantrittsalter beträgt in Österreich bei Männern durchschnittlich 59,1 Jahre und bei Frauen 57,1 Jahre (Jahr 2010). Trotz stetig steigender Lebenserwartung ist das reale Pensionsantrittsalter seit den 1970er-Jahren gesunken – bei Männern um 2,8

und bei Frauen um 3,3 Jahre. Der internationale Vergleich zeigt, dass Österreich bei der Anhebung des tatsächlichen Eintrittsalters enormen Bedarf und großes Potenzial hat. Österreich bildet derzeit gemeinsam mit Luxemburg das Schlusslicht. Im Zeitraum 2004 bis 2009 lag der OECD-Schnitt bei den Männern bei 63,6 Jahren, bei Frauen bei 62,4 Jahren. Österreich lag mit 58,9 bzw. 57,5 Jahren in diesem Zeitraum weit darunter. Von insgesamt knapp 137.000 Pensionszuerkennungen erfolgten 2010 nur rund 26.500 (20,9 Prozent) aus dem Grund der normalen Alterspension. Der Rest entfällt auf Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen und die sogenannte „Hacklerregelung“. So kann es nicht weitergehen, wenn wir es mit der Chancengerechtigkeit auch für künftige Pensionsbezieher ernst meinen.

Chancengerechtigkeit erfordert aber auch mehr Effizienz im staatlichen Handeln. Österreich produziert in vielen Bereichen bescheidene Ergebnisse zu einem sehr hohen Aufwand, der wiederum Ressourcen für notwendige Zukunftsinvestitionen bindet. Wir haben das viertteuerste öffentliche Gesundheitswesen in der OECD, aber die zweithöchste Frühpensionsrate. Wir haben EU-weit die zweithöchsten Bildungsausgaben pro Schüler, aber eines der schlechtesten PISA-Ergebnisse – und die mangelnde Bildungsqualität fällt immer stärker auch den Betrieben auf den Kopf. Wir haben die höchsten finanziellen Familienleistungen in der OECD und der EU, aber gleichzeitig die geringsten Fertilitätsraten. Wir zahlen viel – investieren aber zu wenig in die Zukunft.

Mehr Spielraum für die Zukunft

Genau dafür, für richtige Zukunftsinvestitionen, setzen wir uns als Junge Wirtschaft aktiv ein.

Wir brauchen mehr Spielraum für die Zukunft, wenn es um Innovationskraft geht. Österreich muss junge, innovative Unternehmen fördern und fordern statt Industrien und Strukturen von gestern. Dafür bedarf es geeigneter Instrumente und moderner Rahmenbedingungen.

Wir brauchen mehr Spielraum für die Zukunft, wenn es um die steuerlichen Rahmenbedingungen geht. Junge Leistung muss sich wirklich lohnen. Dazu bedarf es fairer und auf Dauer gesenkter Steuern – und keiner steuerpolitischen Exzesse, wie sie Retro-Politikern vorschweben. Eine besondere Herausforderung ist die Absenkung der Lohnnebenkosten. Internationale Wettbewerbsfähigkeit ist mit unserer gegenwärtigen Lohnkostenstruktur auf Dauer nicht möglich. Zu hohe Lohnnebenkosten verhindern zudem die Anstellung von zusätzlichen Mitarbeitern.

Wir brauchen mehr Spielraum für die Zukunft, wenn es darum geht, auf die jungen Menschen im Land zu hören und ihre Interessen zu wahren. Das Gerede von mehr Gerechtigkeit ist spätestens dann als Polit-Gag entlarvt, wenn uns sündteure Sonderregelungen wie die Hacklerregelung weiterhin erhalten bleiben. Damit muss Schluss sein. Lassen wir uns nicht länger unter dem Titel „Verteilungsgerechtigkeit“ die Chancen für unsere Zukunft schmälern.

Politisches Senioritätsprinzip

Die strukturellen Ungerechtigkeiten gegenüber Jugend und Zukunft benachteiligen nicht nur die jungen Menschen an sich. Sie gefährden auch die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Österreich. In einer globalisierten Wirtschaftswelt sind Strukturen, welche die Vergangenheit fördern und die Zukunft behindern, Gift für die Wettbewerbsfähigkeit. Mit den meisten Frühpensionisten, hohen staatlichen Aufwendungen für Pensionen, einer teuren Verwaltung und schlecht ausgebildeten Arbeitskräften lässt sich nichts gewinnen – aber viel verlieren. Die zunehmende Chancenungerechtigkeit Richtung Zukunft ist in Österreich auch eine Mindset-Frage: Zur „Mission“ des Landes ist offenbar das politische Senioritätsprinzip geworden. Wir investieren unsere gesamte Energie in die Erhaltung des Status quo – unabhängig davon, ob er überhaupt wünschenswert ist – und haben daher keine Kapazitäten mehr für die Zukunft.

Das ist umso bedenklicher, als die Chancen des Standortes aufgrund seiner geografischen Lage im Herzen Europas und seiner zum Teil sehr positiven Reputation groß sind. Allein: Wir verwalten in vielen Bereichen lieber die Ungerechtigkeiten von Vergangenheit und Gegenwart, als mehr Chancengerechtigkeit für die Zukunft zu entwickeln. Wir reden beispielsweise über Frauenquoten in Aufsichtsräten, wo es doch eher darum geht, Verantwortung für Unternehmen zu verjüngen. Wir lassen es zu, dass aus wahltaktischen Motiven die Demografie die Demokratie bestimmt.

Ausblicke in die Zukunft

Als Junge Wirtschaft haben wir in unserer Studie „the futurepreneur“ aufgearbeitet, wie wir richtig und besser als bisher mit den Herausforderungen der Zukunft umgehen müssen. Dazu nur drei Beispiele:

Leading Diversity statt Frühpensionitis: Die Demografie wirkt massiv auf den Arbeitsmarkt ein und längst hat ein intensiver Wettbewerb um die wenigen jungen – und noch wenigeren topqualifizierten jungen – Arbeitnehmer eingesetzt. Doch auch am anderen Ende der Altersachse stehen Unternehmer vor Herausforderungen: Bis 2050 wird das Durchschnittsalter der österreichischen Bevölkerung um 13 Prozent steigen. Bleiben Altersgrenzen in der Beschäftigung im Wesentlichen bestehen, dann wird ein signifikanter Teil des impliziten Wissens von Unternehmen schlichtweg aufgrund dieser Veränderung in der Bevölkerungsstruktur mit seinen Trägern „in Pension gehen“. Notwendig ist es daher, sich in alle Richtungen abzusichern und generationenübergreifende Arbeitswelten zu schaffen, in denen die Jungen eine neue, bislang unbekannte Frische in die verstaubten Hierarchien und Bürokratien des Unternehmens bringen, in denen die Mittleren ausreichend Flexibilität vorfinden, die sie etwa für die Familie oder für Weiterlernen aufwenden können, und in denen die Älteren durch Erfahrung, Gelassenheit und Sozialkompetenz brillieren und ihr Wissen zielführend einbringen und weiterge-

ben können. Für eine „altersbunte“ Arbeitswelt brauchen wir entsprechende Antworten und Rahmenbedingungen – und nicht die strukturell geförderte massenweise Abwanderung von Arbeitskräften in die Frühpension.

Twisted Networks statt starre Strukturen: Waren noch vor wenigen Jahren klare Trennlinien zwischen Kunden, Unternehmen, Geschäftspartnern und Mitbewerbern auszumachen, so verschwimmen diese Grenzen heute zunehmend und führen zu neuen Positionen und Brückenschlägen. In Zukunft müssen Unternehmer eine deutlich höhere Komplexität und Dynamik überblicken. Geschwindigkeit und Qualität, mit denen solch komplexe Vernetzungen errichtet und gepflegt werden, entscheiden über die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Der Vernetzungsgrad von Unternehmen nimmt stetig zu. Modernen Wirtschaftsansprüchen gerecht zu werden, ist nur noch durch eine vernetzte Produktentwicklung und Produktion möglich. In der Zukunft hängt die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens nicht mehr nur von traditionellen Faktoren wie zum Beispiel der Kostenstruktur oder der Produktivität ab, sondern auch von der Gestaltung der Wertschöpfungskette. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie die Verteilung der Unternehmensaktivitäten im eigenen Betrieb und auf vor- und nachgelagerte Betriebe aussehen soll und wie diese verteilten Aktivitäten aufeinander abgestimmt und miteinander integriert werden sollen. Dabei sind sehr unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit denkbar – vom klassischen Auftraggeber-Lieferanten-Verhältnis über Vertragsfertigung, Outsourcing und Lizenzierung bis hin zu Beteiligungsmodellen, strategischen Allianzen und Joint Ventures. Je nach Modell wird von den Unternehmern ein unterschiedlicher Grad an Involvement verlangt und auch die zu erbringende Managementleistung variiert. In jedem Fall gilt jedoch: Je mehr Wertschöpfungsaktivitäten von Unternehmen verteilt durchgeführt werden, desto größer wird der Bedarf, diese abzustimmen und zu steuern. Somit wird das Management von Netzwerken zu einer Kernkompetenz. Das Arbeiten in Netzwerken führt auch dazu, dass man zwischen den Rollen als Arbeitgeber und Arbeitnehmer wechseln kann und muss. Starre

Strukturen und teure Gesellschaftsformen sind unnötige Hürden und Hemmnisse, die „Twisted Networks“ nur unnötig behindern. Business Vitality statt Stagnation: „Innovation“ ist als Begriff in den vergangenen Jahren zu einem schillernden Buzzword geworden. Innovationskraft ist sowohl eine Frage der Firmenkultur als auch eine erlernbare Kompetenz. Insbesondere unter günstigen makroökonomischen Standortbedingungen, wie sie in Österreich herrschen, liegt der Schlüssel zur Innovationskraft in den Händen der Unternehmer. Die Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens hängt entscheidend vom internen Umgang mit Neuartigem und nie Dagewesenem ab. Business Development ist eine Handlungsfrage, die nicht nur Produktentwicklung und Markterschließung bedeutet, sondern ständiges Nachdenken und Experimentieren mit neuen Produktideen und Businessmodellen. Die Kernüberlegung lautet daher immer wieder aufs Neue: Was stiftet Wert und wie kann man diesen Wert über die Zeit hinweg permanent steigern? Innovation ist nicht mehr gleichzusetzen mit der x-ten Produktdiversifizierung, die mit erprobten Rezepten, möglichst niedrigen Kosten und geringem Risiko den Unternehmensgewinn millimeterweise anhebt. Denn eines steht fest: Wenn nicht disruptiv gedacht und gehandelt wird, führen gesättigte Märkte mit hohem Wettbewerbsdruck schnurstracks in die Null-Profit-Zone. Vitale Innovationskraft entsteht somit durch den Fokus auf Zukunftsmärkte und durch eine Wagniskultur, die bewusst innovatives Handeln hervorbringt. Dafür braucht es aber auch Wagnis-Kapital statt traditioneller Fremdkapital-Finanzierungsformen, wie sie den Standort Österreich nach wie vor dominant prägen.

Diese Einblicke in die Zukunft machen jedenfalls deutlich, wo die zentralen Herausforderungen für junges Wirtschaften liegen – und dass diese Herausforderungen für mehr Wachstum und Wohlstand gelöst werden müssen.

Erfolge für mehr Chancengerechtigkeit

In jüngster Zeit ist es der Jungen Wirtschaft gelungen, wesentliche Erfolge für junges Engagement und mehr Chancen-

gerechtigkeit in Österreich durchzusetzen: Die neuen Jungunternehmerfonds sind ein wichtiger Impuls für die heimischen Jungunternehmer, die dringend Alternativen zu traditionellen Geldgebern brauchen. Gerade durch Vorgaben aus Basel III wird es für junge Unternehmensideen schwerer, von Banken Kapital zu bekommen. Der Gründerfonds mit einem Volumen von 65 Millionen Euro und der Business Angel Fund mit 45 Millionen Euro bedeuten eine deutliche Erhöhung der Unterstützung für junge, dynamische Start-ups. Die Konditionen sind umfangreich und langfristig genug, damit junge Unternehmen entstehen, sich entwickeln und wachsen können. Die insgesamt 110 Millionen Euro sind eine echte Investition in die Zukunft des Wirtschaftsstandorts.

Längst fällig ist freilich auch die Einführung eines Beteiligungsfreibetrags in Höhe von 50.000 Euro für Kapitalgeber. Dadurch könnte die Zahl an Beteiligungen an kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) deutlich erhöht werden. Das Modell ist einfach und wirksam: Ein Kapitalgeber hat ein Einkommen von 100.000 Euro. Davon investiert er 10.000 Euro in ein Unternehmen. Diesen Freibetrag kann er von der Steuerbemessungsgrundlage für die Einkommenssteuer abziehen, die somit nur mehr 90.000 Euro hoch ist. Werden Gewinne durch Veräußerung von Beteiligungen erzielt, sind diese vom Kapitalgeber zu versteuern (Ausnahme: Beteiligung liegt unter 1 Prozent des Stamm- bzw. Grundkapitals). Wir brauchen insgesamt mehr privates Kapital für Gründer. Denn das lockt sowohl weitere Gründer als auch weitere Investoren an.

Auch bei den strukturellen Rahmenbedingungen gelang der Jungen Wirtschaft kürzlich ein wichtiger Erfolg: Die Einführung einer GmbH light mit 10.000 Euro Stammkapital ist ein längst notwendiger Schritt, für den wir uns seit Langem einsetzen. Diese Vereinfachung im Gründungsbereich setzt notwendige Impulse, die der Dynamik in diesem Bereich angemessen sind. Die Gründungszahlen in Österreich sind bekanntlich stabil. Allerdings ist bei der Rechtsform der GmbH-Gründungen ein steter Rück-

gang zu verzeichnen. Derzeit werden in Österreich rund 3.000 GmbHs pro Jahr gegründet. Während bei uns noch 35.000 Euro an Stammkapital benötigt werden, liegt dieser Betrag in anderen Ländern meist deutlich darunter. Mit der GmbH light sollten auch die Reform des Gesellschaftsrechts sowie die Abschaffung der Veröffentlichungspflicht in der „Wiener Zeitung“ verbunden werden.

Richtig entscheiden, richtig verteilen

Diese Beispiele zeigen: Es ist einfach, die richtigen Entscheidungen für mehr Dynamik und mehr Chancengerechtigkeit für die Jungen zu treffen. Wir müssen es nur tun: in der Verwaltungsreform, in der Pensionsreform, in der Gesundheitsreform – und auch mit Blick darauf, wie andere Länder sich diesen Herausforderungen stellen. Und der österreichische Anspruch daran sollte klar sein: Was andere Länder gut machen, machen wir noch besser. Im Umgang mit der Zukunft müssen wir noch viel, viel besser werden. Umverteilung in Richtung Zukunft ist die größte gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Herausforderung, vor der wir stehen. Nur sie sichert Chancengerechtigkeit für junge Menschen.

Literatur

Junge Wirtschaft Österreich (2011):
„The futurepreneur“. Trendstudie.
Wien: Zukunftsinstitut Österreich

Zehn Chancen mit Entrepreneurship Education

**Ein gerechterer Zugang zur Partizipation in
Wirtschaft & Gesellschaft**

Johannes Lindner

Eine verantwortende Marktwirtschaft braucht selbstbewusste Entrepreneurere und mündige Bürger/innen, die ihre eigene Zukunft und die der Gesellschaft offensiv (mit-)gestalten. Ohne Menschen, die Ideen aktiv umsetzen, lebten wir heute in einer ganz anderen Realität. Es gäbe keine Kunst und keine Schulen, keine Autos und keine Medikamente, keinen Rechtsstaat und auch keinen Konsumentenschutz, wenn Menschen nicht immer und immer wieder sich für Ideen einsetzen und gesellschaftliche Spielregeln mit Zivilcourage verändern würden.

Erziehung ist niemals neutral – entweder stellt sie ein Instrument zur Befreiung des Menschen dar oder sie bildet ein Instrument der Anpassung. Gerade im Bereich der wirtschaftlichen Bildung ist der Spannungsbogen „Anpassung und Befreiung“ immer wieder zu hinterfragen. Daher sollten wir uns einer wirtschaftlichen Bildungsphilosophie wie der Entrepreneurship Education zuwenden, die ökonomische Kreativität, Eigenverantwortung, Entscheidungsfähigkeit, Wissenserwerb und Selbstständigkeit mit den Chancen des nachhaltigen Wirtschaftens verknüpft.

Neue Chancen

Die Förderung von Eigeninitiative und Unternehmergeist in der Regelschule ist ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit, da damit gelernt wird, wie man in der Wirtschaft und Gesellschaft partizipiert. „Faire“ Chancengerechtigkeit möchte Benachteiligungen, die durch „zufällige“ Zuteilung natürlicher und sozialer Güter – in unserem Fall die Erziehung zu Eigeninitiative

und Unternehmergeist in der Familie – entstehen, berücksichtigen und ausgleichen. Eine Entrepreneurship Education, die primär der Sozialisation das Wort spricht, stützt eine Legitimation sozial-hereditärer Privilegienweitergabe. Einer modernen Entrepreneurship Education für Jugendliche kommt eine starke sozialpädagogische Dimension zu.

Dieser Aufsatz versteht sich als Plädoyer für eine Stärkung der Entrepreneurship Education für Jugendliche und zeigt zehn Chancen auf, die sich durch diese Vorgehensweise eröffnen.

Entrepreneurship Education als wirtschaftliche Ausbildungsphilosophie und Schlüsselkompetenz quer durch den Fächerkanon

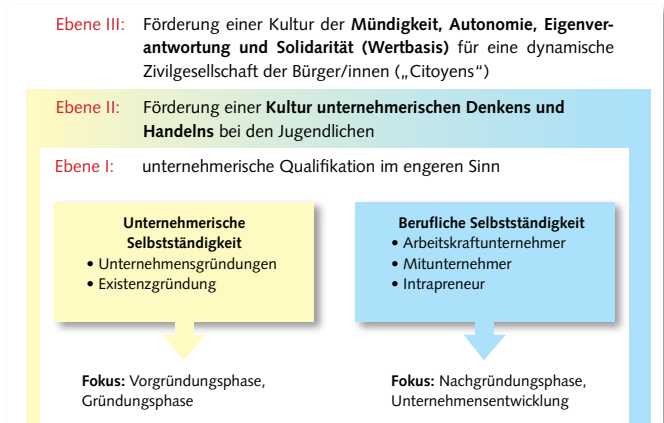


Abb. 1: Entrepreneurship Education zwischen unternehmerischer/beruflicher Selbstständigkeit und Erziehung zum Citoyen

Entrepreneurship Education reicht von der unternehmerischen Ebene im engeren Sinn bis zu den Eigenschaften des Citoyens, des mündigen Staatsbürgers. Dieses Verständnis von Entrepreneurship Education umfasst drei Ebenen (siehe Abb. 1). Auf der Ebene I erfolgt die Vermittlung der Kernkompetenzen unternehmerischer und beruflicher Selbstständigkeit. Diese Ebene wendet sich insbesondere an den wirtschaftlichen Unterricht. Die Ebenen

II und III verankern Entrepreneurship Education als didaktische Zielkategorie und Schlüsselkompetenz quer durch alle Unterrichtsfächer einschließlich extracurricularer Aktivitäten und der Entwicklung einer entsprechenden Schulkultur. In „guten“ Schulen kann mit Empathie, Einfallsreichtum, Fantasie, kritischem Denken und Hilfsbereitschaft Innovationslernen – im Sinne einer Entrepreneurship Education – gelingen.

Perspektiven eröffnen

Es ist eine paradoxe Situation – noch nie standen das Maß an Möglichkeiten und das Maß an (vermeintlicher) Perspektivlosigkeit einander so diametral gegenüber. Sogar wenn man weiß, was man machen möchte, ist die Wahl des „richtigen Weges“ bei der Fülle an Möglichkeiten nicht leicht zu treffen. Das ist auch für Erwachsene schwierig, die ihren Beruf wechseln wollen oder müssen. Die Herausforderung wird verschärft durch die Tatsache, dass die heutigen Jugendlichen einer Zukunft entgegengehen, die neben den vielen Optionen auch mehr Unsicherheiten als früher bereithält: Die gesellschaftlichen Strukturen sind im Umbruch, ganze Systeme – wie das Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Bildungssystem – scheinen zur Disposition zu stehen. Die einzige Sicherheit, die Jugendliche heute haben, sind mögliche Veränderungen in der Zukunft. Es gilt somit, Jugendlichen eine Hilfestellung zu geben, die sie für ihren zukünftigen Weg – ihren „Werde-Gang“ – dringend brauchen.

Persönlichkeit stärken

Der wichtigste Ansatz ist eine Entrepreneurship Education als Persönlichkeitsentwicklung. Diese stattet Jugendliche mit vernetztem Wissen über wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge, verantwortliches Umgehen mit sich und anderen sowie den vorhandenen Ressourcen aus. Sie macht dabei Gebrauch von modernen didaktischen Methoden, welche auch vorsehen, dass neben der Wissensvermittlung altersgemäße Erfahrungen gemacht werden können und somit Jugendliche zu „reiferen“ Per-

sönlichkeiten heranwachsen. Eigenschaften und Haltungen – wie beispielsweise die Übernahme von Eigeninitiativen und Selbstverantwortung – werden dadurch gefördert. Das dadurch positiv beeinflusste Selbstwertgefühl und die Selbstsicherheit erleichtern es, zukünftige Herausforderungen zu meistern.

Engagement für andere und nicht Ellbogen-Mentalität

Jugendliche, die sich für die eigene Idee interessieren, sind auch sensibilisierbar für Ideen bezüglich der Zivilgesellschaft. Hier bietet sich die Methode Debattierclub an. Ein modernes Verständnis von Entrepreneurship Education stellt – sich im Sinne von Social Entrepreneuren – Problemen der Gesellschaft und möchte mit Ideen zu deren Lösung beitragen.

Entrepreneurship Education leistet einen Beitrag dazu, nicht ohnmächtig dazusitzen, sondern ein Stück des Lebens selbst in die Hand zu nehmen und dadurch auch seinen Teil zur Wirtschaft und Gesellschaft – zu einer besseren Welt – beizutragen. Ob Sie wollen oder wissen oder nicht – viele von den Schülerinnen und Schülern, die einen entrepreneurial-orientierten Unterricht durchlaufen, werden sich in der einen oder anderen Form in die Gestaltung ihrer eigenen Welt „einmischen“. Dabei ist eines klar: Wenn dabei auf die Frage „Wie magst du das denn anstellen?“ die Antwort „I waaß nit“ folgt, dann ist das natürlich eine mögliche Antwort. Sie wird wohl auch immer wieder, solange es Menschen gibt, gültig sein. Aber es muss nicht so bleiben!

Brückenschlag zwischen Berufs- und Allgemeinbildung

Entrepreneurship ist ein Brückenschlag zwischen der Berufs- und Allgemeinbildung, denn ein klassisches Ziel der pädagogischen Praxis ist die Förderung der Mündigkeit und der Selbstbestimmung. Der Wahlspruch Immanuel Kants (1784) könnte auch heute das Motto für den schulischen Unterricht quer durch alle Unterrichtsfächer sein: „Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“

Lernen mit Wollen verknüpfen

Entrepreneurship Education verknüpft „Lernen“ mit „Wollen“. Durch das Arbeiten an einer eigenen Idee wird Wissen gemeinsam mit den Lehrenden entwickelt. Die Rolle des Lehrers/der Lehrerin variiert zwischen Experten/Expertinnen und Beratern/Beraterinnen. Die Umsetzung einer eigenen Idee bietet eine spannende Systematik der wirtschaftlichen Lerninhalte – orientiert am Unternehmenslebenszyklus.

Den Wandel Stück für Stück herbeiführen

Entrepreneurship Education ist ein prozessartiger Ansatz, in dessen Zentrum steht, den Unternehmergeist und die Eigeninitiative zu fördern und zu fordern. Kern ist die Stärkung der unternehmerischen Kompetenzen, das sind die Fähigkeiten, Ideen in die Tat umzusetzen (opportunity-based-learning). Dies erfordert das Potenzial, Chancen zu erkennen, Ideen zu entwickeln und eine kontrollierte Risikobereitschaft sowie die Fähigkeit, Projekte zu planen und durchzuführen, sich Kompetenzen anzueignen, um bestimmte Ziele zu erreichen.

Sustainability meets Entrepreneurship

„Wirtschaft(en)“ muss erlernt werden! Jede Generation ist aufs Neue herausgefordert, ihre Kompetenzen, Ideen und Werte zu entwickeln, die für ihr Leben und ihre Gesellschaft wichtig sind. In der aktuellen Bildungsreformdiskussion ist es daher wichtig, auch über Inhalte zu reden, wie viel Unternehmergeist und Mündigkeit, also unternehmerische und kritisch-konstruktive Kompetenz unsere Schülerinnen und Schüler in Zukunft zur Mitgestaltung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise benötigen.

Alle Arbeitnehmer/innen und Unternehmer/innen der Zukunft sind heute in der Schule, die Art ihrer wirtschaftlichen Bildung wird ihr Gesellschafts- und Wirtschaftsverständnis prägen. Mündige Bürger/innen fallen nicht vom Himmel, sondern brauchen ein Fundament

an Kompetenzen zur Umsetzung ihrer Ideen. Die Kunst nachhaltiger Unternehmen liegt darin, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung mit wirtschaftlichen Zielen zu verbinden.

Hinter dem Begriff „nachhaltige Entwicklung“ (sustainable development) steht die Grundauffassung, dass die Bedürfnisse der Menschen der heutigen Generation befriedigt werden sollen – durch eine ausgewogene Balance der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension –, ohne jedoch die Erfüllung der Bedürfnisse zukünftiger Generationen einzuschränken.

Nachhaltigkeit und die Förderung von Unternehmergeist verlangen nach gezielten Impulsen, nach Mut machenden Beispielen und Projekten. Mithilfe von Fallstudien können z. B. die vielfältigen Ansätze der nachhaltigen Entwicklung aufgezeigt und kritisch analysiert werden.

Der Dialog über Nachhaltigkeit muss den Kurs wechseln, weg vom rein problemorientierten Fokus à la „Ihr müsst nachhaltig werden“ hin zu einer Perspektive des Agierens und des Erkennens von Chancen für die Zukunft. Ökologische und soziale Perspektiven sollten ebenso wie der Kundennutzen, die Architektur der Umsetzung und ein Ertragsmodell ein Fundament für innovative Geschäftsmodelle sein. Entrepreneurship ist eine mentale Einstellung, bei der sich ein Mensch so in die Wirtschaft und Gesellschaft einbringt, dass er/sie zunächst selbst erkennt, was zu tun ist, um anschließend an der Lösung zu arbeiten. Gerade die junge Generation braucht diesen Blickwinkel, braucht ein Verständnis für die notwendige Balance zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialer Nachhaltigkeit.

Individualisierung und Teambildung erreichen

Im Zentrum steht, auf die Stärken des Einzelnen einzugehen, damit sich Talente entfalten können, ohne den Teamcharakter zu vernachlässigen. In Teams an Herausforderungen zu arbeiten zeigt, wie wichtig es ist, sich mit anderen zu vernetzen, um

gemeinsam Ziele zu erreichen. Die Entrepreneurship Education unterstützt den respektvollen Umgang und zeigt, wie wichtig Spielregeln sind.

Die Next-Practice mitgestalten lernen

Jeder von uns, unabhängig von Alter, Beruf oder Stand, kann dazu beitragen, dass die heutigen und künftigen Generationen mit Engagement und Unternehmergeist neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen für einzelne Regionen oder das ganze Land initiieren und mittragen. Lernen Sie mit „Good-Practice-Beispielen“ und eigenen Projekten und machen Sie Mut, selbst die „Next-Practice“ mitzugestalten.

Literatur

Aff, J.; Lindner, J. (2005):

Entrepreneurship Education zwischen „small and big ideas“ – Markierungen einer Entrepreneurship Education und Begabungsförderung an wirtschaftsberuflichen Vollzeitschulen.

In: Aff, J.; Hahn, A. (Hg.): Entrepreneurship Erziehung und Begabungsförderung an wirtschaftsberuflichen Vollzeitschulen.

S. 83–137

Innsbruck: Studienverlag

Ashmore, M. C. (2006):

Entrepreneurship Everywhere: The Case for Entrepreneurship Education.

Columbus: Consortium for Entrepreneurship Education

Europäische Kommission (2005):

Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen.

Brüssel: KOM 548 [Online]. Available:http://ec.europa.eu/education/policies/2010/doc/keyrec_de.pdf

[Accessed 30.08.2012].

Faltin, G.; Zimmer, J. (1995):

Reichtum von unten – die neuen Chancen der Kleinen.

Berlin: Aufbau Verlag

Freire, P. (1973):

Pädagogik der Unterdrückten – Bildung als Praxis der Freiheit.

Reinbek bei Hamburg: Sachbuch RORORO

Jäger, J.; Wiegandt, K. (2006):

Was verträgt unsere Erde noch? Wege in die Nachhaltigkeit.

Frankfurt am Main: Fischer Verlag

Kuratko, D. F. (2005):

The Emergence of Entrepreneurship Education: Development, Trends and Challenges.

In: Entrepreneurship Theory and Practice.

Vol. 29, Nr. 5, S. 577–598

Waco: Baylor Universität

Lindner, J.; u. a. (2005):

Entrepreneur: Menschen, die Ideen umsetzen.

Wien/Krems: IFTE/KPH

Lindner, J. (2009):

Entrepreneurship Education zwischen ökonomischer Ausbildungsphilosophie und Schlüsselkompetenz für das lebenslange Lernen.

In: Stock, M. (Hrsg.): Entrepreneurship – Europa als Bildungsraum – Europäischer Qualifikationsrahmen.

Wien: Manz

Lindner, J.; u. a. (2012a):

Entrepreneur: Misch dich ein – der Debattierclub.

Wien/Krems: IFTE/KPH

Lindner, J. (2012):

Referenzrahmen für Entrepreneurship-Kompetenzen.

Workingpaper.

Wien: eesi

Lindner, J.; Fröhlich, G. (2009):

Entrepreneur: Sustainability meets Entrepreneurship.

Wien/Krems: IFTE/KPH

Lindner, J.; Scherak, L. (2011):

Nachhaltigkeit – Unternehmen – Neue Jobs.

Wien: Forum Umweltbildung

Lindner, J.; Tötterström, B.; u. a. (2009):

Case Studies: Wirtschaft verstehen – Zukunft gestalten.

Wien: Verlag HPT

Land der Chancen

Was macht uns künftig erfolgreich?

Thomas Stelzer

Klar ist: Erst wenn unsere Grundbedürfnisse ausreichend gedeckt, eine wirtschaftlich erfolgreiche Grundlage und damit Wohlstand gegeben sind, können ausreichend Kräfte frei werden, um auf das Neue zuzugehen, um Chancen zu ermöglichen und zu ergreifen. Dass wir also über Chancen des Einzelnen diskutieren können, ist erst möglich, weil wirtschaftlicher Erfolg unser Land groß gemacht hat. Für mich steht mithin fest: Wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftliche Chancenpolitik hängen eng zusammen.

Erfolg, in welcher Form auch immer, setzt aus meiner Sicht zuallererst voraus, dass wir als Menschen Ziele in unserem Leben vor Augen haben und diese auch erreichen können bzw. wollen. Dass also jeder Mensch für sich erkennt und definiert, welche Schritte nach vorne er setzen will, welche Chancen er für sich sieht. Diesen Blick auf die vielen Möglichkeiten und Chancen, die sich jedem im Land bieten, zu schärfen, ist also wesentlich – und dazu den Willen zu entwickeln, diese Chancen auch zu ergreifen, sich aus eigenem Antrieb auf den Weg der Realisierung zu machen. Darauf aufbauend folgt die entscheidende Frage, wie wir als Gesellschaft helfen können, dass jede und jeder seine eigenen Ziele finden und sie dann auch erreichen kann – Ziele, die zugleich aber auch wieder unsere gesellschaftliche Gemeinschaft festigen.

Notwendige Grundlagen

Welche Grundlagen braucht es dazu? Die Freiheit, sich entscheiden zu können und das aus eigener Sicht Richtige zu tun.

Den Mut, seinen eigenen Weg einzuschlagen und ihn auch zu gehen. Die Verantwortung, für sein Handeln einzustehen.

Und das alles mit der Sicherheit, dass einem die Gemeinschaft dies ermöglicht; dass sie dazu bereit ist, sofern man sie nicht überstrapaziert oder überfordert.

Diese Mischung bedeutet jeden Tag neue Herausforderungen, sie ist nach wie vor aktuell, und das Entscheidende: sie funktioniert. Das zeigt auch ein Blick auf unsere momentane Situation:

2008: 3,5%

2009: 5,0%

2010: 4,7%

2011: 4,2%

Diese Zahlen geben Auskunft darüber, wie viele Menschen in den angeführten Jahren in Oberösterreich leider ohne Arbeit waren. Im Umkehrschluss bedeuten sie aber Gott sei Dank: Nahezu alle Menschen in Oberösterreich haben eine Beschäftigung, die für Sicherheit sorgt, die Sinn stiftet, die Familienleben ermöglicht. Und für unsere Gesellschaft heißt das: Wir können ganz offensichtlich schneller durch schwierige Situationen und Krisen gehen als andere Gemeinschaften. Daher können wir uns als Teil Europas auch einen selbstbewussten vergleichenden Blick auf viele Regionen Europas erlauben.

Wir haben:

sichere Einkommen, mit denen die Menschen und ihre Familien ihren Lebensstandard halten und erhöhen können.

solide Einnahmen, mit denen das Land die Lebensqualität festigen und weiterentwickeln und wiederum den Wirtschaftsstandort stärken kann, unter anderem durch moderne Infrastruktur auf der Höhe der Zeit, und insbesondere durch sinnvolle soziale Unterstützungsleistungen.

Aktive Mitgestaltung

Freiheit, Mut, Verantwortung – dieses Konzept, das uns insgesamt zu einem gesellschaftlich gesunden, menschlichen und nota bene einem der reichsten Länder der Welt macht, spricht den Menschen in Bezug zu seinen Mitmenschen und seiner Umwelt an.

Das sichere Gefühl, Teil der Gesellschaft zu sein, nährt und fördert dabei bei den allermeisten auch den Wunsch nach aktiver Mitgestaltung dieser Gesellschaft. Und daraus im Idealfall folgend den Wunsch, demokratische Prozesse mitzubestimmen und am öffentlichen Diskurs teilzunehmen. Dieses Bewusstsein, dass dieses Mitmachen für die Zukunftsentwicklung unseres Landes richtig und wichtig ist, brauchen wir auch!

Und so sind die Menschen auch bereit, sich in Gemeinschaften einzubringen, freiwillig und ehrenamtlich tätig zu sein, aus dem Impuls heraus, nicht nur Teil dieser Gesellschaft zu sein, sondern diese Gesellschaft auch mitzubauen. Unsere Vereine, Feuerwehren, Rettungsorganisationen sind Gemeinschaften, die dadurch erst möglich sind und funktionieren; sie sind auf ehrenamtliche Arbeit angewiesen, um ihre sinnstiftende Bedeutung in der Gesellschaft erfüllen zu können. Ein Asset, das uns weltweit nahezu einzigartig macht, das wir daher nicht belächeln, schon gar nicht schädigen, sondern als unverzichtbaren Bestandteil unseres auch ökonomisch erfolgreichen Weges sehen und stärken sollten: Für die Erhaltung der sozialen Sicherheit und des sozialen Gefüges eine unverzichtbare und große Zukunftsherausforderung.

Was eine Chance ist, entscheidet jeder für sich selbst!

Der Einzelne hat, als Teil einer funktionierenden Gesellschaft, die Möglichkeit, sich seine Ziele zu setzen, seine Chancen zu nützen, seine Talente einzusetzen und seine Visionen zu leben. Man kann hierzulande selbstbewusst den „Austrian Way of Life“ leben – er ist einer der bemerkenswertesten, den ein Mensch in

Europa einschlagen kann. Denn persönliche und gesellschaftliche Erfolge stehen in Oberösterreich und in Österreich jedem offen, der bereit ist, an der Umsetzung seiner Ziele zu arbeiten. Das machen uns unzählige heimische Arbeitnehmer, Unternehmer, Kulturschaffende, Sportler und viele mehr vor.

Nun, wie kann es aber gelingen, insbesondere junge Menschen neugierig zu machen auf das Finden und Setzen von Zielen? Was braucht es, damit gerade die heranwachsende Generation ihre Chancen erkennt? Das ist wohl die wichtigste Aufgabenstellung für alle, die mit der jungen Generation zu tun haben – ob als Eltern, als Familienmitglieder, als Freunde, als Lehrer – kurzum, als Vorbilder und Begleiter. Nach wie vor gilt es, das Individuelle ins Zentrum zu stellen und daher differenziert auf den Menschen und seine je eigenen Anlagen einzugehen; und den jungen Menschen neben der Neugierde in einem vielfältigen Bildungsangebot auch das Rüstzeug zu vermitteln, zupacken und handeln zu können.

Wobei aus meiner Sicht unbedingt festzuhalten ist: Das menschliche Grundbestreben liegt nicht nur in der reinen Wohlstandsvermehrung, sondern vielmehr in der sehr persönlichen Suche dessen, was in uns steckt und was wir daraus machen können.

Die Frage lautet also nicht, wie viel kann ich – vielleicht sogar auf Kosten anderer – erreichen, sondern, was ist mir möglich, was kann ich aus mir für mich, für meine Familie und für die Gemeinschaft herausholen?

So gesehen, ist aus meinem Verständnis langfristig erfolgreiches wirtschaftliches Schaffen ohne Gemeinschaftssinn nicht möglich. Und der Kitt der Gemeinschaft ist Gerechtigkeit. Eine gerechte Gesellschaft schafft die Basis für ihr Gedeihen und ihre Weiterentwicklung. Sie ruht sich nicht auf den erreichten Erfolgen aus, sondern entwickelt diese weiter – mit Rücksicht auf das Individuum und das Gesamtgefüge. Jedem stehen viele Möglichkeiten offen – das bedeutet Chancengerechtigkeit.

Gerechtigkeit als Kitt der Gesellschaft

Dies ist umso wichtiger, weil es eben nicht immer nur linear vorwärts geht. Gerade die vergangenen wirtschaftlich schwierigen Jahre zeigen uns ja, dass Erreichtes immer wieder von Neuem gesichert, gehalten und erarbeitet werden muss. Wir können uns niemals zu sicher sein, es gibt keine Garantien.

Immer wieder gibt es Bruchstellen, es entstehen Krisensituationen und Notlagen im persönlichen Leben und in der Gesellschaft, in denen wir auf die Hilfe durch die Gemeinschaft angewiesen sind. Das zeigen uns auch die vielen Schicksale, die die Krise verursacht hat, und die vielen individuellen Schicksalsschläge. Die Konkurse, die Kündigungen. Die Familien, die mit weniger auskommen mussten bzw. müssen. Und immer ist es die Gemeinschaft, die einspringt, um zu helfen.

Daher ist für mich klar: Wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftliche Gerechtigkeit bedingen einander, und das ist auch und gerade in schwierigen Zeiten der Weg in eine gemeinsame „erfolgreiche“ Zukunft.

Dieses Land hat seine Krisen immerzu mit großer Kraft gemeistert. Dieser Geist des gemeinsamen Schaffens und des gemeinsamen Überwindens schwieriger Situationen hat sich gefestigt. Und dieser Geist ist getragen von einem Leitmotiv: Jeder trägt seinen Teil dazu bei, damit jeder etwas vom Gesamten hat. Das bedeutet Chancengerechtigkeit.

Wenn wir von Chancen sprechen, von positiven Weiterentwicklungen, dann ist die Brücke unmittelbar zu einem tragenden Grundwunsch geschlagen: Im tiefsten Wissen, dass alles, was wir tun, endlich ist, wollen wir unser Erreichtes und unsere Werte weitergeben. Wir wollen unseren Kindern Freiheit ermöglichen, Mut mit auf den Weg geben und ihre Verantwortung stärken. „Unsere Kinder sollen es besser haben“, wird oft und schlicht festgehalten. Aber das ist der Antrieb, das ist einer der stärksten

Motoren, der hinter diesem gesamtgesellschaftlichen Handeln, hinter dieser Gemeinsamkeit steht.

Wir sollten unseren Kindern aber dieses „Besser-Gehen“ nicht vorschreiben, sondern ihnen lediglich die Basis dafür geben, dass sie das, was sie für besser halten, was sie sich wünschen, was sie begehren, gestalten und leben können.

Langfristiger „Erfolg“ bedeutet also, unseren Kindern eine Zukunft – ihre Zukunft – zu ermöglichen, die Grundlagen für diese zu schaffen.

Was macht uns künftig erfolgreich?

- Schränken wir nicht ein, sondern ermöglichen wir Freiheit: die Freiheit, sich für Ziele entscheiden zu können und das aus seiner Sicht Richtige zu tun.
- Machen wir keine Angst, sondern geben wir Mut: den Mut, einen eigenen Weg einzuschlagen und ihn auch zu gehen.
- Entziehen wir nicht unser Vertrauen, sondern fördern wir Verantwortung: die Verantwortung für das eigene Handeln und für die Gemeinschaft.
- Arbeiten wir weiter an einer Gesellschaft, die hinter dem Einzelnen steht, und stehen wir als Einzelne hinter dieser Gesellschaft.

Mehr Gerechtigkeit durch mehr Freiheit

Wie wir Gerechtigkeit neu denken müssen

Harald Mahrer

„Gerechtigkeit“ ist ein Wert, der im Zuge seiner politischen Instrumentalisierung einem fundamentalen Degenerationsprozess unterlegen ist. Gerechtigkeit ist zum Gegenstand einer Vielzahl von Ansprüchen geworden: Gerechtigkeit scheint letztlich immer das zu sein, was jeweils den eigenen Ansprüchen am besten nützt. Doch das hat meist nichts mit richtig verstandener Gerechtigkeit zu tun. Umso wichtiger ist es, den Wert der Gerechtigkeit wieder zu reanimieren und zu regenerieren. Denn wir brauchen zweifellos ein schlüssiges, richtiges und realisierbares Konzept von Gerechtigkeit für eine gelingende Gesellschaft. Es sind zwei Grundsätze, anhand und entlang derer wir Gerechtigkeit neu, anders und besser denken sollten:

1. Mehr Gerechtigkeit durch weniger Gleichheit.
2. Mehr Gerechtigkeit durch mehr Freiheit.

Mehr Gerechtigkeit durch weniger Gleichheit

Ein grundlegendes Problem des Gerechtigkeitsdiskurses ist, dass Gerechtigkeit in vielen Bereichen auf den Wert der (Ergebnis-) Gleichheit reduziert wurde und wird. Es gilt offenbar nach wie vor die politische Devise: Je gleicher eine Gesellschaft, desto gerechter ist sie. Die Kritiker des Egalitarismus bezweifeln zu Recht, dass mehr Gleichheit mehr Gerechtigkeit schaffe. Das Gegenteil ist der Fall. Die Gleichheitsorientierung der Politik hat zu mehr Ungerechtigkeit geführt. Denn Gerechtigkeit, verstanden als Wille, jedem sein Recht zuzuteilen, bedeutet auch, Gleiches gleich, aber Ungleiches ungleich zu behandeln. Ungleiches gleich zu behandeln, ist also ungerecht.

Es ist ein dringend notwendiges intellektuelles und politisches Projekt, Gleichheit und Gerechtigkeit konsequent auseinanderzuhalten. Denn überall dort, wo im Namen der Gerechtigkeit Gleichmacherei betrieben wird, sind Fehlentwicklungen vorprogrammiert. Ein Beispiel dafür ist das Bildungssystem: Ein gerechtes Bildungssystem hat die Aufgabe, allen Mitgliedern der Gesellschaft verpflichtet zu sein und den Menschen die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu bieten, damit sich jeder angemessen entfalten kann. Ein Bildungssystem, das der Ungleichheit der Menschen in ihren Begabungen und Talenten nicht durch eine entsprechende Differenzierung entgegenkommt, sorgt allerdings nicht für mehr Gerechtigkeit. Bildungspolitische Nivellierungsbestrebungen schaffen Ungerechtigkeit, weil sie Ungleichheit gleich behandeln.

Ein weiteres Beispiel für egalitaristische Fehlentwicklungen ist die aktuelle Umverteilungsdebatte, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise aufgeflammt ist und sich in Österreich bereits auf niedrigstem Wahlkampfniveau bewegt. Die Ideologie dahinter ist so offensichtlich wie falsch: Der Staat schafft Gerechtigkeit, indem er den „Reichen“ etwas wegnimmt und es den „Armen“ gibt. Das soll durch die Besteuerung von Eigentum und Besitz erfolgen. Die einen haben viel Geld verdient – und die anderen bekommen auch den „gerechten Anteil“ davon, indem die „Reichen“ nochmals besteuert werden.

Das ist ungerecht. Wer schon einmal für sein Geld Steuer bezahlt hat, sollte es nicht noch einmal tun müssen. Die zwei- oder mehrfache Besteuerung von Substanz ist definitiv ungerecht. Und warum sollen jene, die viel Leistung erbringen, sich dadurch etwas für sich selbst und ihre Kinder aufbauen, stärker zum Handkuss kommen als andere? Nur damit die Gesellschaft gleicher wird? Das ist vieles – aber sicher nicht gerecht.

Dass heute sogenannte „Reichensteuern“ allen Ernstes Resonanz finden, hat nicht nur mit einer entwickelten Neidkultur zu tun, sondern auch damit, dass uns jahrzehntelang vermittelt

wurde, Gerechtigkeit sei Ergebnis von Gleichheit. Je gleicher eine Gesellschaft – in die politische Praxis übersetzt mit: je weniger wir den „G’stopften“ lassen –, desto gerechter ist die Gesellschaft. Gemessen am Gini-Koeffizient müssten wir in Österreich freilich in einem der gerechtesten Länder der Welt leben. Denn Österreich ist eines der am meisten umverteilenden Länder. Aber Gleichheit hat eben nicht viel mit Gerechtigkeit zu tun.

Zukunftsorientierte Gerechtigkeitspolitik stellt daher nicht die Gleichheit, sondern die Chancengerechtigkeit in den Mittelpunkt. Gerechtigkeitspolitik ist folglich weniger distributiv als vielmehr investiv zu denken. „Wenn ein Staat sowohl möglichst viel als auch möglichst klug in Bildung und Ausbildung investiert und wenn er dafür sorgt, Schranken am Arbeitsmarkt wirksam abzubauen, verbessert er die Lebenschancen seiner Bürgerinnen und Bürger weit mehr, als wenn er im Nachhinein durch Sozialtransfers bereits bestehende Ungerechtigkeiten mühsam korrigieren muss. (...) Nicht der allzu bemutternde Fürsorgestaat erzielt ein Maximum an Gerechtigkeit, sondern ein Staat, der für die wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Eigenverantwortung seiner Bürgerinnen und Bürger sorgt“, schreibt Rudolf Taschner treffend.

Neben dem Postulat „Mehr Gerechtigkeit durch weniger Gleichheit“ gilt es aber ebenso, den Grundsatz „Mehr Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ zu beachten.

Mehr Gerechtigkeit durch mehr Freiheit

Die Befürworter eines egalitaristischen Konzepts von Gerechtigkeit setzten früher und setzen auch heute noch zur Realisierung ihrer Gerechtigkeitskonzeption auf eine Ausweitung der Staatstätigkeit. Doch ein Staat, der immer stärker interveniert und agiert, um Verteilungs- und Versorgungsgerechtigkeit zu schaffen, handelt gegen den Wert der Freiheit – und damit auch gegen den Wert der Chancengerechtigkeit. Er nimmt Bürgern Chancen.

Ein Beispiel dafür ist die Steuerpolitik: Der egalitaristische Versorgungsstaat dreht die Steuerschraube immer weiter nach oben, weil er immer mehr Mittel zur Umverteilung braucht. Das bedeutet auf der anderen Seite, dass den Akteuren des Wirtschaftslebens immer mehr Mittel fehlen, die sie zur Realisierung ihrer wirtschaftlichen Freiheit einsetzen wollen – und auch müssen, um weiterhin erfolgreich zu sein. Eine zu hohe Steuerlast für Akteure des Wirtschaftslebens reduziert ihren Spielraum, Investitionen zu tätigen, neue Arbeitskräfte einzustellen und sich damit in die Zukunft zu entwickeln. Das ist nicht nur ökonomisch falsch, sondern vor allem auch ungerecht. Wer sich mehr wirtschaftlichen Handlungsspielraum erarbeitet hat, soll auch die Chance haben, ihn zu nützen.

Ein anderes Beispiel: Je höher die Schuldenlast eines Staates, desto weniger Handlungsspielraum hat die nächste Generation. Sie muss mit enormen Zins- und Zinseszins-Zahlungen die Schulden von gestern abarbeiten. Die Möglichkeiten für Investitionen in die eigene Zukunft, etwa in Wissenschaft und Forschung, reduzieren sich mit der Höhe der Schuldenlast. Auch das ist in höchstem Maß ungerecht – und allein einer expansiven Staatstätigkeit geschuldet.

Vor diesem Hintergrund ist klar: Der gerechtigkeitspolitische Diskurs und mit ihm moderne Gerechtigkeitspolitik muss Freiheit als zentralen Aspekt von Gerechtigkeit wiederentdecken. Eine gerechte Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die ihren Mitgliedern mehr Freiheit einräumt, ihre Vorstellungen von einem guten und gelungenen Leben zu realisieren. Es ist höchst ungerecht, die Optionen jetziger oder künftiger Generationen durch eine ausufernde Staatstätigkeit in Form von Regulierung oder übermäßiger Besteuerung einzuschränken.

Die große Bedeutung von mehr Freiheit für mehr Chancengerechtigkeit zeigt sich auch dort, wo sich Freiheit in konkreter Wahlfreiheit manifestiert. Schließlich geht es darum, dass die

Menschen die Vielfalt der Chancen frei und eigenverantwortlich nützen können, statt nur einen staatlich definierten Weg gehen zu können. Das bedeutet etwa für unsere zentrale gesellschaftliche Chancenagentur, das Bildungssystem, dass es Optionen offenhalten und Durchlässigkeit sichern muss. Wahlfreiheit für mehr Chancengerechtigkeit ist aber auch in Fragen der Kinderbetreuung, der Gesundheit, der Pflege und vieles mehr von Bedeutung. Wahlfreiheit erfordert keine leeren Worte, sondern nutzbare Instrumente, wie etwa Scheckmodelle.

Das Konzept der Chancengerechtigkeit fußt auf einem realistischen Menschenbild, das die Ungleichheit der Menschen berücksichtigt – und damit die Freiheit, anders zu sein. Differenzierung und größtmögliche Individualisierung sind nicht nur im Bildungssystem geboten, sondern auch bei der Entwicklung und beim Angebot sozialstaatlicher Leistungen. Unterschiedliche Herausforderungen erfordern unterschiedliche Lösungen für die Aktivierung von Menschen, die etwa aus dem Arbeitsprozess herausgefallen sind. Ihre Freiheit zur Eigenverantwortung muss wieder hergestellt werden, statt ihre Abhängigkeit von staatlichen Leistungen zu prolongieren oder gar zu intensivieren.

Mehr Chancen durch weniger Gleichheit und mehr Freiheit: Dieses Konzept der Chancengerechtigkeit mag auf den ersten Blick irritierend wirken. Doch es leistet mehr für die Zukunft als überkommene Gerechtigkeitsvorstellungen. Es eröffnet ein auf die Zukunft gerichtetes, Entwicklung förderndes Gerechtigkeitsverständnis. Es ist besser dazu in der Lage, Gerechtigkeitswerte abzubilden als ein auf das „Hier und Jetzt“ beschränktes Gleichheitsdenken. Der Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit ist nicht weniger, sondern mehr Freiheit.

Es gibt kein „schlechtes“ Kind!

Wie Elisabeth Bussey und andere Teach For Austria Fellows junge Schüler fördern und deren Startchancen verbessern

Für das, was Elisabeth Bussey in 23 Jahren erlebt hat, brauchen andere Menschen doppelt so lang. Immer voller Energie, stets vorne dabei, das zeichnet sie aus. Auch wenn es nicht immer leicht war, wie sie erzählt: „Ich bin Legasthenikerin, wurde immer als nicht schlau genug eingeschätzt. Meinen Eltern wurde nach der Diagnose gesagt, ich hätte keine Chance im richtigen Berufsleben. Aber man hat mich in einer besonderen Schule richtig gefördert, die Lehrer haben sich sehr für mich engagiert. Sie haben es immer wieder mit mir versucht. Und ich habe hart an mir gearbeitet, habe länger gelernt, habe auch gelernt, wie man Fragen stellt. Als ich an einer besonders guten Universität – der Northwestern University in Evanston/Illinois – aufgenommen wurde, war das für viele meiner früheren Lehrer und Kollegen eine Überraschung.“ Der Bachelor-Abschluss in Musik (Operngesang) folgte im Juni 2012, und seit September ist Bussey an zwei Schulen in Salzburg als „Fellow“ von Teach For Austria tätig. Diese unabhängige und gemeinnützige österreichische Initiative wurde 2011 gegründet, um bessere und gerechtere Bildungs- und Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche aus sozio-ökonomisch benachteiligten Familien zu schaffen.

Umfeld statt Begabung als Grund für Lebenschancen?

Auch wenn es in mehr als 20 Ländern weltweit derartige Initiativen gibt, hängen gerade in Österreich die Bildungschancen eines Kindes stärker als in den meisten anderen Industrieländern von Bildung, Beruf und Einkommen seiner Eltern ab. Die Fellows sind fachlich und persönlich herausragende Absolventen verschiedener Fachrichtungen (ohne Lehramtsstudium). Jene 25, die im Herbst 2012 begonnen haben, studierten davor etwa Molekularbiologie und Quantenphysik über medizinische Informationstechnologie,

Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspsychologie, Linguistik und Afrikanistik – oder eben Operngesang. Die Auswahl erfolgte aus fast 500 Bewerberinnen und Bewerbern in einem mehrstufigen Verfahren, wobei insbesondere auf die Kriterien pädagogische Eignung, Durchhaltevermögen und Führungspotenzial geachtet wurde. Während der zwei Jahre des Schuleinsatzes steht den Fellows ein umfangreiches Weiterbildungs- und Reflexionsprogramm zur Verfügung, ein pädagogisches Team, Hochschulprofessoren sowie erfahrene Tutoren, ein Online-Campus, die Sommerakademie sowie berufsbegleitende Wochenend-Module. Elisabeth Bussey ist überzeugt: „Es gibt kein böses oder schlechtes Kind oder eines, das nicht lernen kann. Kinder, die Legasthenie oder ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung) haben oder nicht richtig Deutsch können, brauchen intensive persönliche Förderung und eine richtige Chance.“ Nachdem Bussey nur in den ersten sieben Jahren ihres Lebens Deutsch gesprochen hat, hat sie bereits in der Sommerprojektwoche im Rahmen der Ausbildung der Fellows viel von den Kindern gelernt. „Es war ein sehr spannendes Gefühl, mit ihnen auf gleicher Ebene zu arbeiten.“

Zurück zu den Wurzeln – Lehren auf gleicher Ebene

„Mir sind meine europäischen Wurzeln sehr wichtig, daher wollte ich sowieso nach Österreich zurück und habe ein Auslandsjahr in Wien im Programm International Education for Students, das eng mit dem Konservatorium Wien zusammenarbeitet, absolviert. Ich war auf der Suche nach einem Job in den Bereichen Kultur und Bildung; das war wie ein Zeichen des Himmels“, betont Bussey. Die österreichische Staatsbürgerin bringt neben ihrer bunten Biografie – geboren in Mexico City, aufgewachsen in den USA – auch umfangreiche Bühnenerfahrung und Engagement in der Arbeit mit Kindern mit. So arbeitete sie mehrere Monate an einem katholischen Zentrum in Evanston/Illinois als Religionslehrerin für Kinder im Kindergarten- und Volksschulalter. Außerdem half sie in einem Programm für Waisenkinder in San Miguel de Allende (Mexiko) aus und organisierte Workshops zur Integration von Musik quer durch den Lehrplan mit Tanz, Gesang und Rhythmus, um die ak-

tive Lernfähigkeit zu fördern. Über zwei Jahre lang war sie in Fort Worth/Texas Lehrerasistentin für Spanisch in der Mittelstufe, organisierte den Unterricht mit, betreute Schüler bei Zeltlagern und Ausflügen und setzte Aktivitäten zum Lernen in der Natur. In der Sommersaison 2011 war sie außerdem in einem Hotel im Zillertal als Rezeptionistin beschäftigt.

Teddybären helfen Kinderleben retten

„Ich bin mir heute noch nicht ganz sicher, ob ich lieber unterrichte oder singe. Nun habe ich zwei Jahre Zeit, Musik und Englisch zu unterrichten, was perfekt für mich ist; daneben werde ich mich weiterbilden“, erklärt Bussey ihre Motivation zur Teilnahme an Teach For Austria.

Österreich war zwar die gewünschte Option, es hätte aber Alternativen gegeben: „Statt bei Teach for America hätte ich mich eher in Mexiko für das Programm beworben, wo ich geboren bin und immer noch viele Freunde habe.“ Dort läuft seit fünf Jahren auch ihr privates Sozialprojekt, das sie noch von Texas aus initiiert hat: Sie designt Teddybären und lässt sie von mexikanischen Näherinnen herstellen, die so Ausbildung und Anstellung erhalten. Der Gewinn aus dem Verkauf an Spender und die Bären selbst werden an lokale Kinderkrankenhäuser gespendet. Die mexikanischen Näherinnen wiederum können die Designs unbegrenzt nutzen und auch auf eigene Faust Bären herstellen: Ein Win-Win-Projekt, das Chancen verbessert, so wie es auch dem Selbstverständnis von Teach For Austria entspricht. Später einmal sollen ehemalige Fellows in späteren Jahren als führende Akteurinnen und Akteure der Gesellschaft auch nach Abschluss des Fellow-Programms für Chancengerechtigkeit durch Bildung eintreten. Das macht Elisabeth Bussey schon jetzt, Tag für Tag: „Ich bin nicht hier, um ein System umzuwerfen. Aber ich möchte mit den Kollegen gemeinsam lernen und mich engagieren. Mein Ziel ist ein ‚breath of fresh air‘ für beide Seiten.“ Bei ihrer Energie und Frische wird das eher ein Windstoß sein.

Interview: Thomas Goiser

Deutsch habe ich eigentlich nie gelernt

Die Journalistin Ivana Cucujkić über ihr Aufwachsen in Österreich, die Arbeit in bzw. mit Ethno-Medien und das Leben, Arbeiten und Bewegen in verschiedenen Kulturen

„Wir haben in den Gründungsjahren von ‚biber‘ nach Redaktionsschluss im Büro gegrillt. Das war eine einmalige Zeit voller Euphorie und Enthusiasmus. Das kommt nie wieder“, erzählt Ivana Cucujkić von ihren Erfahrungen beim Magazin „das biber“ (der Begriff steht im Türkischen und im Serbokroatischen für Paprika bzw. Pfeffer). In der Universität hing ein Aushang, dass man sich melden solle, wenn man Interesse an der Mitarbeit, an den Themen und vielleicht auch entsprechende (serbokroatische, türkische) und natürlich deutsche Sprachkenntnisse hat. Und als dann auch noch ein Kontakt eines „Kurier“-Redakteurs angegeben war, war für die Publizistikstudentin klar, dass sie sich bewerben würde. Seit dem Start 2006/07 ist das Stadtmagazin „das biber“ aus der Wiener Medienlandschaft nicht mehr wegzudenken. Von 50.000 Stück Auflage alle zwei Monate steigerte man sich auf 60.000 in 10 Ausgaben jährlich. „das biber“ wird – laut Eigenangabe – von einem „Haufen junger, ambitionierter Journalistinnen und Journalisten mit türkischem, bosnischem, serbischem, kroatischem, kurdischem, brasilianischem, kärntnerischem, oberösterreichischem, slowenischem, und so weiterischem Hintergrund“ unter der Leitung von Dr. Simon Kravagna produziert.

Preisgekrönte Gratwanderungen

Was Ivana Cucujkić dort als freie Mitarbeiterin begann, setzte sie als Chefin vom Dienst und schließlich rund drei Jahre lang bis März 2012 als stellvertretende Chefredakteurin fort. Ein steiler Aufstieg, mehrmals preisgekrönt: 2008 mit dem „Publizistikpreis für Interkulturellen Dialog“ des Presseclubs Concordia gemeinsam mit M-Media und 2010 mit einer Nominierung zum

MIA-Award 2010 (Migrantinnen Award) – Sonderpreis für Journalismus. Sie reflektiert die journalistische Gratwanderung der Pionierzeit durchaus kritisch: „Bei ‚das biber‘ haben wir immer wieder zwischen den Perspektiven wechseln müssen. Entweder für Bobos quasi einen ‚Tschuschen-Falter‘ zu machen oder Geschichten aus den Migranten-Communities zu bringen, bei denen die Info-Box nicht fehlen darf, damit Österreicherinnen und Österreicher sie auch verstehen.“

Mehrsprachig, multikulturell und manchmal „exotisch“

Doch zurück zum wirklichen Anfang: 1983 kamen die Eltern, die Mutter bereits hochschwanger, nach Österreich. Der Großvater war hier bei einem Schifffahrtsunternehmen beschäftigt und laut Cucujkić „ein typischer Gastarbeiter; er arbeitete auch längere Zeit in Afrika“. Ihre Eltern wollten zuerst nur ein Jahr bleiben und Geld verdienen, denn „mein Vater war 27, meine Mutter 19, sie hatten nichts und arbeiteten beide – am Bau, als Stubenmädchen, als Hausmeister.“ Als Kind wäre ihr Diskriminierung kaum aufgefallen; sie war eine gute Schülerin und kam unmittelbar nach der Volksschule ins Gymnasium: „Wann ich Deutsch gelernt habe, weiß ich gar nicht; wahrscheinlich war es im Kindergarten.“ Da Cucujkić Familie aus Kladovo in Serbien an der rumänischen Grenze stammt, spricht sie auch Vlachisch, eine mit dem Rumänischen verwandte Mundart. Weitere Sprachen zu lernen fiel ihr nicht schwer, in der Schule folgten Englisch, Französisch und Italienisch. Oft meinen (wohl meist einsprachige) ältere Menschen auch heute noch etwas gönnerhaft, dass sie „sehr gut Deutsch spricht“, oder es gibt Bewunderung dafür, dass sie „so exotisch“ aussieht. „Aber das sind mittlerweile Klassiker der positiven Diskriminierung. Wenn ich dann sage, dass ich aus Wien komme, gibt es unzufriedene Augen, auch in der Medienbranche.“

Vielfalt UND gerecht verteilte Chancen als Normalität?

„Wenn wir über mediale Integration sprechen, muss ich sagen, dass es heute noch zu wenig ist. Denn wenn junge Journalisten

mit Migrationshintergrund in Ressorts gesetzt werden, wo sie bloß über Migrantenthemen berichten, ist das der falsche Weg. Das ist ein Widerspruch. Dann stellt sich die Frage: Stereotypisieren wir uns als Journalisten mit Migrationshintergrund selbst? Ich stelle mir diese Frage durchaus selbstkritisch, obwohl ich gleichzeitig ‚natürlich‘ viele einschlägige Artikel verfasse. Aber diese Entwicklungsstufe ist der Status quo, besser als jener früher, und in einigen Jahren werde die Situation wieder anders sein.“

Insgesamt leben in Österreich mehr als 1,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, davon ein Drittel in Wien, die zunehmend auch für etablierte Medien eine attraktive Zielgruppe darstellen, was zu einem weiteren Dilemma führt: „Wenn große, traditionsreiche Medien Themen anreißen und Journalisten mit Migrationshintergrund einsetzen, erreichen sie damit nicht automatisch die Migranten als Leser. Vor allem nicht, wenn dies mit dem Wording von ‚Integration‘ oder ‚Migration‘ geschieht. Wieso sollte sich ein Migrant denn automatisch für gerade solche Artikel interessieren? Klassische Ethno-Medien wiederum seien damit konfrontiert, dass ihr Publikum älter wird, teils zu lesen aufhört – und die jüngere Generation oft mit Medienkonsum in Deutsch aufgewachsen ist.“ Cucujkić wünscht sich, dass sich Ethno-Medien nicht gegenseitig kannibalisieren, sondern zusammenarbeiten. „Niemand fühlt sich angesprochen, wenn Integration darüber steht oder man als Migrant adressiert wird. Ich möchte als Modeinteressierte oder Hobbyköchin angesprochen werden“, erklärt Ivana Cucujkić. Das Thema „Ethnomarketing“ (Gegenstand ihrer Magister-Arbeit 2009) gehört in Medien etwa nicht auf die Migrationsseite, sondern im Wirtschaftsressort behandelt, wo es die richtige Zielgruppe erreicht. Ihre Eltern ließen es sich nicht nehmen, die Tochter als erste Akademikerin in der Familie zu ihrem Studienabschluss – quasi als Krönung ihrer Einwanderung nach Österreich – reich zu beschenken, ganz überschwänglich mit einem Auto und einer Uhr. „Der Stellenwert von Bildung und Ausbildung steigt gerade in den letzten Jahren massiv an.“

Integrationsbeispiel mit starker Basis

Jetzt managt sie beim Austrian Talent Network (www.austriantalent.net), einer Initiative für mehr Nachwuchs mit Migrationshintergrund in der Kreativbranche, die Öffentlichkeitsarbeit und hat bei No Ordinary Agency NOA – einer internationalen Werbeagentur – zu arbeiten begonnen, die sich auch mit Ethnomarketing beschäftigt. Dort kümmert sie sich um Presse- und Medienarbeit und wird auch redaktionelle Projekte betreuen. Außerdem engagiert sie sich als Integrationsbotschafterin für „Zusammen:Österreich“, die Initiative von Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz. Ihren serbischen kulturellen Hintergrund empfindet die Österreicherin Cucujkić als Bereicherung: Viele Freunde, die Erziehung, die Esskultur und viele gesellschaftliche Aspekte sind viel stärker serbisch geprägt als der österreichische Part: „Ich würde zum Beispiel vor einer Grillparty nie fragen, wie viel jemand essen wird. Da wird einfach drauflos gegrillt und der Tisch mit dem gedeckt, was darauf Platz hat. Das gehört eben zum guten Ton. So hab' ich das gelernt. Da werde ich immer Jugo bleiben. Auch wenn ich schon etwas weich gespült bin.“

Interview: Thomas Goiser



Autorenporträts & Interviewpartner

Elisabeth Bussey

Elisabeth Bussey wurde 1989 in Mexico City geboren. Sie ist ausgebildete Opernsängerin (Bachelor in Musik im Juni 2012) und wurde von Teach For Austria als eine der ersten 25 Fellows ausgewählt, um ab September 2012 in Hauptschulen bzw. Neuen Mittelschulen in Wien und Salzburg zu unterrichten. Bussey wird an zwei Schulen in Salzburg in den Fächern Musik und Englisch eingesetzt. Sie verfügt über umfangreiche Unterrichts- und Bühnenerfahrung und konnte als Gründerin einer Sozialinitiative in Texas Gelder für Kinderkrankenhäuser lukrieren – durch die Produktion von Teddybären in Mexiko, was dort Arbeitsplätze für Näherinnen schafft.

Ivana Cucujkić

Ivana Cucujkić wurde 1983 in Wien geboren. Außer Deutsch und Serbisch spricht sie auch Rumänisch, Italienisch, Französisch und Englisch. Neben dem Studium der Publizistik und Kommunikationswissenschaft (Diplomarbeit zum Thema Ethnomarketing) arbeitete sie in der Gründungsmannschaft des Wiener Stadtmagazins „das biber“, wo sie immer noch als Kolumnistin tätig ist. Für ihre Arbeit wurde sie mehrfach ausgezeichnet. Seit September 2012 ist sie bei der internationalen Werbeagentur NOA tätig und unter anderem für Publishing-Projekte und Ethnomarketing verantwortlich.

Jörg Dräger

Dr. Jörg Dräger gehörte zwischen 2001 und 2008 als parteiloser Wissenschaftssenator dem CDU-geführten Senat der Freien und Hansestadt Hamburg an, von 2004 bis 2006 war er zusätzlich auch Gesundheitssenator. Seit Mitte 2008 ist der promovierte

Physiker Vorstand der Bertelsmann Stiftung für den Bereich Bildung sowie Geschäftsführer des gemeinnützigen CHE – Centrum für Hochschulentwicklung. Im letzten Jahr erschien sein Buch „Dichter, Denker, Schulversager“.

Thomas Goiser

DI (FH) Mag. Thomas Goiser ist beim Risikomanagement-Beratungsunternehmen Risk Experts tätig und arbeitet darüber hinaus als Kommunikationsberater und Autor. Nach Studien der Rechtswissenschaften, MultiMediaArt und Public Relations beschäftigt er sich mit neuen Vermittlungs- und Lernformen, der Verknüpfung von interner und externer Kommunikation und Möglichkeiten zur Steigerung der Resilienz von Organisationen durch bessere Unternehmenskultur, technische Sicherheitsmaßnahmen und der Ausrichtung auf nachhaltige Entwicklung.

Markus Hengstschläger

Univ.-Prof. Dr. Markus Hengstschläger ist Vorstand des Instituts für Medizinische Genetik an der Medizinischen Universität Wien und Organisationseinheitsleiter des Zentrums für Pathobiochemie und Genetik. Als Bestseller-Autor ist er mit „Die Durchschnittsfalle“ (2012), „Endlich unendlich“ (2008) und „Die Macht der Gene“ (2006) im deutschsprachigen Raum weithin bekannt. Er ist Mitglied zahlreicher Kommissionen, u. a. stellvertretender Vorsitzender der Österreichischen Bioethikkommission und Mitglied des Rats für Forschung und Technologieentwicklung sowie wissenschaftlicher Leiter des Thinktanks ACADEMIA SUPERIOR.

Brigitte Jank

KommR Brigitte Jank ist Unternehmerin und Sachverständige in der Immobilienwirtschaft und seit 2004 Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien, an deren Spitze sie 2010 einstimmig bestätigt wurde. Neben ihrer beruflichen und politischen Arbeit (u. a. als Obfrau des Wiener Wirtschaftsverbundes) hat sie auch den Vorsitz im Universitätsrat der Modul University Vienna inne und wurde zur stv. Vorsitzenden des Universitätsrates der Universität für angewandte Kunst berufen. Darüber hinaus ist sie u. a. Vizepräsi-

dentin der Vereinigung der Wirtschaftskammern im Donauraum, Geschäftsführerin der Vereinigung der allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen für das Immobilienwesen sowie Präsidentin des Österreichischen Behindertensportverbandes.

Stephan A. Jansen

Prof. Dr. Stephan A. Jansen ist Gründungspräsident der Zeppelin Universität in Friedrichshafen am Bodensee. Nach wissenschaftlichen Stationen in Witten, Stanford und Harvard wurde er im Jahr 2003 auf die Professur für Strategische Organisation & Finanzierung berufen. 2009 hat Jansen zusätzlich das „Civil Society Center | CiSoC“ gegründet. Er ist Autor von über hundert Publikationen und regelmäßigen Kolumnen z. B. bei „brand eins“ und im Rahmen der Politikberatung u. a. Mitglied des Innovationsdialogs der Bundeskanzlerin sowie der Forschungsunion der Bundesforschungsministerin.

Sebastian Kurz

Sebastian Kurz (geb. 1986 in Wien) sammelte neben seinem Studium der Rechtswissenschaften erste berufliche Erfahrungen. Er war zunächst in der Rechtsanwaltskanzlei Fellner, Wratzfeld und Partner tätig. Nach einem Internship an der Österreichischen Botschaft in Washington wechselte er in die Uniqa Versicherungen AG und war bis zu seiner Ernennung zum Staatssekretär für Integration im April 2011 als Landtagsabgeordneter und Gemeinderat in Wien tätig. Kurz begann sich im Jahr 2003 in der Jungen ÖVP zu engagieren. Nach einigen Jahren Engagement auf Bezirksebene wurde er im Jahr 2007 zum Landesobmann der Jungen ÖVP Wien und ein Jahr später zum Bundesobmann der Jungen ÖVP gewählt.

Johannes Lindner

Johannes Lindner ist Wirtschaftspädagoge der Schumpeter-Handelsakademie und Fachbereichsleiter für Entrepreneurship Education und wertebasierte Wirtschaftsdidaktik der KPH Wien/Krems. Er ist Initiator der Initiative für Teaching Entrepreneurship Öster-

reich und des eesi-Impulszentrums für Entrepreneurship-Education des bm:ukk. Seit 2004 vertritt er das bm:ukk in Sachen Entrepreneurship Education bei der GD Enterprise und GD Education der EU-Kommission. Er ist Autor der Arbeitsbuch-Familie „Wirtschaft verstehen – Zukunft gestalten“ beim Österreichischen Bundesverlag, der fachdidaktischen Reihe „Entrepreneur“ und Lehrbeauftragter der Johannes-Kepler-Universität Linz, Universität Wien und Wirtschaftsuniversität Wien. Seit über zehn Jahren ist er Lead-Experte des Bildungsprojektes EcoNet in Südosteuropa und des Rotary-Projektes „Young Entrepreneur“ in BiH. 2012 wurde er – als erster Österreicher gemeinsam mit Gerald Koller – als Ashoka Fellow ausgezeichnet.

Weitere Informationen: www.entrepreneurship.at

Harald Mahrer

Dr. Harald Mahrer ist Präsident der Julius Raab Stiftung. Der Unternehmer und politische Visionär studierte Betriebswirtschaft und promovierte an der Wirtschaftsuniversität Wien. Er zählt zu den führenden Kommunikations- und Politikstrategen Mitteleuropas, forscht aktiv im Bereich Erneuerung der Demokratie und ist Autor zahlreicher Publikationen im Themenfeld Politik- und Demokratieentwicklung. Mahrer gründete den Thinktank demokratie.morgen und das METIS Institut für ökonomische und politische Forschung.

Markus Roth

Markus Roth ist Bundesvorsitzender der Jungen Wirtschaft Österreich und geschäftsführender Gesellschafter des IT-Unternehmens creative BITS. Der Unternehmer studierte Informatik und Datentechnik und ist einer der österreichischen Pioniere im Bereich des Electronic Governments. Er forscht aktiv im Bereich des Krisen- und Katastrophenmanagements und ist Experte für das Visualisieren und Verarbeiten von komplexen Prozessen. Als solcher beschäftigt sich der Visionär auch mit der Entwicklung des Unternehmertums und hat neben seinen fachspezifischen Publikationen daher auch die führende Trendstudie über den Unternehmer der Zukunft „the futurepreneur“ herausgegeben.

Andreas Salcher

Dr. Andreas Salcher wurde 1987 zum jüngsten Mitglied des Wiener Landtags gewählt, dem er insgesamt zwölf Jahre angehörte. Nach einem persönlichen Treffen mit Sir Karl Popper im Jahr 1993 in London gründete Dr. Andreas Salcher gemeinsam mit Dr. Bernhard Görg die erste österreichische Schule für hochbegabte Kinder, die „Sir Karl Popper Schule“. 2004 initiierte Dr. Salcher die „Waldzell Meetings“ im niederösterreichischen Stift Melk, an denen sieben Nobelpreisträger und der Dalai Lama teilgenommen haben. Seit 2008 engagiert sich Andreas Salcher mit seinem „CURRICULUM PROJECT“ für bessere Schulen. Sein im März 2008 erschienenes Buch „Der talentierte Schüler und seine Feinde“ wurde zum Nummer-1-Bestseller. 2009 wurde Andreas Salcher sowohl zum „Autor des Jahres“ als auch zum „Kommunikator des Jahres“ gewählt. Alle folgenden Bücher „Der verletzte Mensch“, „Meine letzte Stunde“ und „Ich habe es nicht gewusst“ wurden ebenfalls Nummer-1-Bestseller. Im September 2012 erschien sein aktuelles Buch mit dem Titel „Nie mehr Schule/Immer mehr Freude“.

Bernd Schilcher

Bernd Schilcher hat Rechtswissenschaften in Graz studiert, sich bei Prof. Wilburg habilitiert und ist seit 1978 Ordinarius für Bürgerliches Recht. Schon früh hat ihn die Bildungspolitik interessiert. Er war in den 17 Jahren als steirischer Landtagsabgeordneter und Klubobmann auch Bildungs- und Wissenschaftssprecher der ÖVP und später 7 Jahre lang Landesschulratspräsident. 2007 hat ihm BM Claudia Schmied die Leitung ihrer Expertenkommission anvertraut, die unter anderem das Konzept der „NEUEN MITTELSCHULE“ entworfen hat. Gemeinsam mit Dr. Hannes Androsch betrieb Schilcher das Bildungsvolksbegehren 2011 und publizierte ein Jahr danach das Buch „Bildung nervt“.

Claudia Schwarz

Dr. Claudia Schwarz ist Geschäftsführerin des Thinktanks ACADEMIA SUPERIOR – Gesellschaft für Zukunftsforschung in Linz, der sich mit aktuellen ökonomischen, gesellschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen befasst. Bis 2011 war sie Univer-

sitätsassistentin am Institut für Amerikastudien der Universität Innsbruck, wo sie weiterhin im Bereich der Kultur- und Medienwissenschaften lehrt.

Thomas Stelzer

Mag. Thomas Stelzer ist seit Jänner 2009 Landtags-Klubobmann der Oberösterreichischen Volkspartei und seit 2008 Landesobmann des Oberösterreichischen Familienbundes. Er studierte Rechtswissenschaften an der Johannes-Kepler-Universität in Linz und arbeitete mehr als sieben Jahre als Geschäftsführer der OÖVP. Seit 1997 ist Stelzer Abgeordneter zum Oberösterreichischen Landtag unter anderem mit den Schwerpunkten Wohnbau, Familie und Kultur.



Dr. Harald Mahrer

Das Konzept der Chancengerechtigkeit fußt auf einem realistischen Menschenbild, das die Ungleichheit der Menschen berücksichtigt – und damit die Freiheit, anders zu sein. Differenzierung und größtmögliche Individualisierung sind nicht nur im Bildungssystem geboten, sondern auch bei der Entwicklung und beim Angebot sozialstaatlicher Leistungen. Der gerechtigkeitspolitische Diskurs und mit ihm moderne Gerechtigkeitspolitik muss Freiheit als zentralen Aspekt von Gerechtigkeit wiederentdecken. Chancengerechtigkeit formuliert konkrete politische Aufgaben für eine zukunftssträchtige Soziale Marktwirtschaft. Chancengerechtigkeit ist mehr als Gerechtigkeit.